

Industrieforum

Energiekrise als Bedrohung für die heimische Industrie

Industriepolitik

Industrie Kärnten: Innovativ trotz herausfordernder Zeiten

Industriekonjunktur aktuell

Die Aussichten in der Industrie bleiben trüb, aktuell gibt es kleine Lichtblicke

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 440.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUB, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende des IWI

Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich

GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáček

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Georg Knill
Energiekrise und Arbeitskräftemangel
erfordern rasche Lösungen

forum

Energiekrise als Bedrohung für
die Industrie

Energie: Ein Blick in die heimischen
Unternehmen

Interview:
„Wir brauchen daher rasche Lösungen
auf politischer Ebene.“
Rob van Gils, CEO HAI

politik

Die Wichtigkeit der energieintensiven
Industrie Niederösterreichs

Studie: Interdisziplinarität in der
angewandten Forschung

Interview:
„Preisgrenzen führen zu einer
Zwangsbewirtschaftung.“
Arnold Weiß, Leiter des Wiener Büros
EPEX SPOT

Neue Serie: Industrie Kärnten
Innovativ trotz herausfordernder
Zeiten

Interview:
„Trotz komplexer Herausforderungen lassen
wir uns unsere Zuversicht nicht nehmen.“
KR Michael Velmden, Obmann der Sparte Industrie
in der Wirtschaftskammer Kärnten

konjunktur

4 Kommentar zur internationalen
Konjunktorentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

6 Die Aussichten in der Industrie bleiben trüb,
punktuell gibt es kleine Lichtblicke
Mag. Andreas Mörk 32

9 **konjunktur nach branchen**

Branchenübersicht 34

Gesamtindustrie 35

Bergwerke und Stahl 35

14 Stein- und keramische Industrie 36

Glasindustrie 36

Chemische Industrie 37

Papierindustrie 37

PROPAK – Industrielle Hersteller von

Produkten aus Papier und Karton 38

18 Bauindustrie 38

Holzindustrie 39

Lebensmittelindustrie 39

20 Textil-, Bekleidungs-,

Schuh & Lederindustrie 40

NE-Metallindustrie 40

Metalltechnische Industrie 41

Fahrzeugindustrie 41

Elektro- und Elektronikindustrie 42

22 Offenlegung, Impressum 42

inhalt

24

28

Energiekrise und Arbeitskräftemangel erfordern rasche Lösungen

2023 könnte für große Teile der österreichischen Industrie eine dramatische Verschlechterung der Wettbewerbssituation bringen, wenn nicht rasch gehandelt wird.

Autor: Georg Knill



Georg Knill,
Präsident der
Industriellenvereinigung

Die Energiekrise wird für Teile der Industrie in Österreich und Europa zunehmend zur Überlebensfrage. Die Preisspitzen auf den Spot-Märkten in diesem Jahr sind rekordverdächtig – zeitweise erreichte der Gaspreis Höhen von über 300 Euro, der Strompreis kletterte über die 600-Euro-Marke. Die Konsequenzen dieser Extremsituation führen zu massiven Einbußen in der Profitabilität, Verlust der Innovations- und Wettbewerbskraft, teilweise bis hin zur Existenzgefährdung. Wenn das Ruder noch herumgerissen werden soll, braucht es jetzt sehr rasch wirksame Lösungen auf nationaler und EU-Ebene. Denn eine

Mitgliederbefragung der Industriellenvereinigung (IV) zeigt deutlich, dass sich die Situation erneut dramatisch verschärfen wird. Dann nämlich, wenn im Frühjahr die langfristigen Lieferverträge zahlreicher Unternehmen auslaufen.

Wettlauf nationaler Unterstützungen

Auf europäischer Ebene bleiben Forderungen nach Lösungen und Maßnahmen zur Abfederung auch nach neun Monaten unbeantwortet – folglich suchen Mitgliedsstaaten nach eigenen Antworten und schütten durch Ad-hoc-Aktionen

Hilfen in Milliardenhöhen aus. Das Beratungsunternehmen EY hat die nationalstaatlichen Abfederungsversuche im Auftrag der IV untersucht. Die Studie zeigt deutlich den Wettlauf der nationalen Unterstützungen, den wir gerade in einem eigentlich vereinten Europa erleben. Zuschüsse und steuerliche Maßnahmen erfreuen sich dank ihrer raschen, unbürokratischen Umsetzbarkeit großer Beliebtheit, dennoch werden sie aufgrund der hohen Kosten und Gefahr des „Gießkannenprinzips“ oft für kleinere Gewerbe kurzfristig angewendet. Auch Preisdeckel-Modelle gewinnen dank der langfristigen Orientierung und der branchenunabhängigen Durchschlagskraft zunehmend an Bedeutung und haben indirekt für Industrie und Unternehmen über die Maßnahmen auf der iberischen Halbinsel Eingang gefunden.

Sorge vor dem Frühjahr

Die deutschen Pläne eines Gas- und Strompreisdeckels für Unternehmen und Haushalte ab 2023, bereiten der österreichischen Industrie große Sorgen. Durch den deutschen „Doppel-Wumms“ wächst der Kostennachteil bei Strom für österreichische Großverbraucher gegenüber deutschen Mitbewerbern bis auf das Dreieinhalbfache des sonst zu erwarteten Kostennachteils (z. B. Strompreiszonentrennung). Das bringt die heimischen Unternehmen zusätzlich unter Druck: In einer von der IV durchgeführten Blitzumfrage gab jedes zweite der über 200 befragten Unternehmen an, derzeit noch über Bestandsverträge für Energielieferungen zu verfügen. Davon läuft jedoch die Hälfte der Verträge in den kommenden drei Monaten aus. Anfang des neuen Jahres ist also in zweierlei Hinsicht eine dramatische Verschlechterung der Wettbewerbssituation für die österreichischen Unternehmen zu erwarten: durch das deutsche Modell und das Auslaufen bestehender Verträge.

Was die österreichische und europäische Industrie jetzt braucht, ist ein nationales Instrument, aus wirtschaftlichen Gründen in seiner Wirkung gleichwertig dem deutschen Energiepreisdeckel. Für die IV steht dabei außer Streit, dass eine

solche Maßnahme, die erhebliche Budgetmittel erfordern wird, zeitlich zu befristen ist, wiewohl sie sich auch in dieser Hinsicht an Deutschland orientieren müssen. Denn jetzt werden Investitionsentscheidungen für die Zukunft getroffen und damit die Weichen für die Gestaltung unseres Industriestandorts in fünf oder zehn Jahren gestellt. Diese Wahl kann aktuell leider kaum auf Österreich fallen.

Arbeitskräfte fehlen

2022 hat sich noch eine weitere Herausforderung zugespitzt, die wir angesichts der dramatischen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die drängende Energiekrise allzu leicht übersehen: Der Mangel an Arbeitskräften hat sich in den vergangenen Monaten massiv verschärft. Die Arbeitslosenquote war seit 14 Jahren nicht

Wenn das Ruder noch herumerissen werden soll, braucht es jetzt sehr rasch wirksame Lösungen auf nationaler und EU-Ebene.

mehr so niedrig wie jetzt und besonders deutlich wird der Mangel ausgerechnet beim Nachwuchs: Knapp 10.500 sofort verfügbare Lehrstellen standen im Oktober nur rund 7.000 Stellensuchende gegenüber. Wenn wir für diese Herausforderung keine Lösung finden, wird es uns nicht nur schwerfallen, uns aus den aktuellen Krisen herauszuarbeiten. Hochqualifizierte und motivierte Arbeitskräfte sind eine der wesentlichen Säulen des europäischen Wohlstandsprinzips. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas sichern, in Forschung, Entwicklung und Innovationen investieren und dafür sorgen, dass sich Leistung wieder lohnt. Dann wird es uns auch gelingen, gestärkt aus den aktuellen Krisen hervorzugehen. ■



Energiekrise als Bedrohung für die heimische Industrie

Die Energiekrise gefährdet Schlüsselsektoren der Industrie. Österreich könnte als Produktionsstandort massiv an globaler Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Steigende Energiepreise und die daraus erwachsende Unsicherheit werden für die Unternehmen der Industrie auch im nächsten Jahr zu einer großen Herausforderung. Der Ukraine-Krieg hat den Druck der Versorgungssicherheit bei Kohle, Öl und Erdgas weiter erhöht, das hat die Preise für diese Energieträger zusätzlich steigen lassen. Ob, wie und zu welchem Preis produziert werden kann, wird zur Existenzfrage für viele Unternehmen. Denn die hohen Energiepreise können nicht immer an die Kunden weitergegeben werden. Es drohen der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und massive Einbußen in der Profitabilität. Plant man in Deutschland einen Gas- und Strompreis-

deckel für Unternehmen und Haushalte ab dem kommenden Jahr, so lässt diese Entscheidung in Österreich – obwohl von der Industrie gefordert – auf sich warten. „Um diese Situation für die europäische Industrie abzufedern, hat der nationalstaatliche Wettlauf der Subventionen begonnen. Gerade die jüngsten deutschen Pläne zu einem Gas- und Strompreisedeckel für Unternehmen und Haushalte ab dem kommenden Jahr, so sie in dieser Form seitens der EU-Kommission genehmigt werden, bereiten der österreichischen Industrie große Sorgen und erfordern dringend weitere Maßnahmen auf nationaler Ebene“, warnt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Was die österreichische und europäische Industrie jetzt braucht, ist eine schnelle und europäische Lösung, die die Wettbewerbssituation innerhalb der europäischen Staaten nicht noch weiter verschärft. „Denn jetzt werden Investitionsentscheidungen für die Zukunft getroffen und damit die Weichen für die Gestaltung unseres Industriestandorts in fünf oder zehn Jahren gestellt. Diese Wahl kann aktuell leider kaum auf Österreich fallen“, so Knill.

Wovon die Auswirkungen abhängen

Die Höhe der potenziellen Auswirkungen von Gasunterbrechungen und/oder hohen Gaspreisen auf die Industrie hängt vor allem von vier Faktoren ab:

Der Energie-/Gasintensität der betroffenen Branchen: Je höher die Energie-/ Gasintensität, desto anfälliger die Industrie. Oftmals haben vor der gegenwärtigen Energiekrise die Energiekosten zwischen 25 Prozent und 45 Prozent der gesamten Produktionskosten energieintensiver Industrien ausgemacht, während sich diese Kosten derzeit mehr als verdoppelt haben.

Der Fähigkeit, Kosten an die Kunden weiterzugeben: Viele energieintensive Branchen haben nur begrenzten Spielraum, um Kostensteigerungen bei den Verkaufspreisen in nachgelagerten Sektoren durchzusetzen, da die meisten ihrer Produkte weltweit bepreist werden. Auf der anderen Seite sind große Teile der Welt (Nord- und Südamerika, Australien, Mittlerer Osten) nicht oder nur begrenzt mit einem Kostenanstieg konfrontiert, was allmählich zu einem unüberwindlichen Kostenhandicap für die europäische Industrie führt.

Der Exposition gegenüber dem globalen Wettbewerb: Viele energieintensive Industriezweige in der EU sind dem globalen Wettbewerb ausgesetzt, sind Preisnehmer, und ihre Produktion könnte durch Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern ersetzt werden, sollte das Kostengefälle erheblich steigen.

Bereits bestehende Schwachstellen: z. B. geringere Rentabilität vor der russischen Invasion in der

Ukraine, Erhöhung anderer Kosten wie Rohstoffe; Kosten bzw. Probleme der Logistikketten etc.

Der Erhalt eines europaweiten Marktes würde wahrscheinlich kritische Auswirkungen für alle Mitgliedstaaten verringern, und die Förderung der Solidarität bei Engpässen würde die Auswirkungen in den am stärksten betroffenen Ländern erheblich dämpfen.

Erneuerbare Energie als Ersatz?

Die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen hilft, ist aber sicherlich keine 100-Prozent-Lösung. Eine aktuelle Studie des Energieinstituts der Wirtschaft zeigt, dass Österreich mit einem Anteil von 75 Prozent am Bruttoverbrauch zwar EU-weit den größten Öko-Strom-Anteil hat, allerdings vor allem zwischen Oktober und April auf Import-Strom angewiesen ist. Sonja Starnberger, Geschäftsführerin Energieinstitut der Wirtschaft GmbH: „In unseren geografischen Breiten wird der zukünftige Strom- und sonstiger Energiebedarf nicht annähernd durch heimische erneuerbare Quellen zu decken sein, daher bleiben wir auf Importe angewiesen. Für eine sichere Versorgung ist es daher notwendig, Energie in ausreichenden Mengen längerfristig zu speichern und flexibel nutzbar zu machen. Hier führt unserer Meinung nach kein Weg an klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen vorbei.“

Die Lücke, die eine nachhaltige Erzeugung von Strom aus Wind, Sonne und Wasser mit sich bringt, ließe sich mit Wasserstoff – dem Energieträger der Zukunft – schließen. Einsetzbar wäre Wasserstoff vor allem in der energieintensiven Industrie. Mit grünem Wasserstoff, der mithilfe von Strom aus Erneuerbaren Energien produziert wird, könnte die Energieabhängigkeit Österreichs reduziert werden. Grüner Wasserstoff ist damit ebenso ein Teil der Lösung wie grüner Strom. Jetzt müssen alle zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energieträger optimiert und ausgebaut werden, damit sie auch für die Industrie effizient nutzbar sind. ■

Autorin: Herta Scheidinger



Das Gas-Paradoxon

Trotz voller Speicher blickt die Industrie angespannt Richtung 2023

Zu Beginn der Wintersaison haben hohe Speicherfüllstände und mildes Wetter die Gasnachfrage entlastet und die Preise gedrückt. Trotz reduzierter russischer Lieferungen wird Österreich voraussichtlich gut über den Winter kommen. Die Versorgungssicherheit steht aber spätestens dann vor neuen Herausforderungen, wenn im nächsten Jahr die Speicher leer werden, russische Lieferungen ausbleiben und Chinas Gasbedarf wieder steigt. Die Situation am Gasmarkt hat sich also etwas beruhigt, Entwarnung kann jedoch noch lange nicht gegeben werden – die Mengen bleiben knapp, die Preise bleiben hoch.

Einschätzung der Auswirkungen

Die Auswirkungen des dramatischen Anstiegs der Gas- und Strompreise haben zu Situationen geführt, in denen die variablen Kosten die Einnahmen für Produktionsanlagen übersteigen, insbesondere in energieintensiven Industriezweigen (EII). In solchen Fällen haben Unternehmen kurzfristig möglicherweise keine andere Wahl, als die Produktion vorübergehend auszusetzen oder einzuschränken.

- › Die möglichen Auswirkungen einer Gasmanngelage insbesondere auf Österreich, Deutschland und Italien wären erheblich. Andere Länder werden wahrscheinlich nicht mit weit verbreiteten Gasversorgungsengpässen konfrontiert sein.
- › Immer mehr Unternehmen mit Sitz in der EU sind gezwungen, ihre Aktivitäten zu reduzieren oder sogar Produktionslinien ganz einzustellen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die europäischen Energiekosten weiterhin hoch bleiben und das industrielle Gefüge der EU nachhaltig schädigen.
- › Integraler Bestandteil des Geschäftsmodells von EII-Unternehmens ist die Steuerung der Energiekosten durch den Abschluss langfristiger Lieferverträge und die Absicherung gegen

Energiepreisschwankungen. Die derzeit beispiellosen Turbulenzen auf den Energiemärkten hindern solche Unternehmen jedoch daran, ihre langfristigen Energieverträge und Absicherungsstrategien zu erneuern. Darüber hinaus hatten viele Unternehmen seit Beginn der Krise versucht, die höheren Stromkosten zu mildern, indem sie, wo immer möglich, auf Produktionspläne außerhalb der Spitzenzeiten umstellten. Nach Ausschöpfung dieser Strategien zur Senkung der Energiekosten ist zu erwarten, dass das Ausmaß der Kapazitätsabbaumaßnahmen in den EII-Sektoren in den kommenden Wochen und Monaten deutlich zunehmen wird, bis eine „neue Normalität“ auf den Energiemärkten die Neuverhandlung langfristiger oder mindestens 1-2-jähriger Verträge und Absicherungsstrategien ermöglicht. In der Zwischenzeit ist es sehr wahrscheinlich, dass mögliche Reduktionen heimischer Produktion oft durch Importe aus Drittländern ersetzt werden, oft mit einem höheren CO₂-Fußabdruck.

Die Kombination der Erfassung von Wirtschaftszweigen und ihren Wertschöpfungsketten, die für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, und der Kartierung der Wirtschaftszweige, die aus Sicht der Unterbrechung der Gasversorgung am anfälligsten sind, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Schäden an Anlagen und der Kriterien für Minderungs- und Substitutionsmöglichkeiten, kann ein guter Ausgangspunkt für die Gestaltung eines kohärenteren grenzüberschreitenden Prozesses zur Priorisierung nicht geschützter Kunden auf EU-Ebene sein. Die im August 2022 angenommene Verordnung über koordinierte Maßnahmen zur Reduzierung der Nachfrage nach Gas und der Europäische Plan zur Reduzierung der Gasnachfrage sehen entsprechende Kriterien vor. Der Schwerpunkt muss darauf liegen, die europäische Industrie funktionsfähig und wettbewerbsfähig zu halten. ■

Autor: DI Oliver Dworak

Ein Blick in die heimischen Unternehmen



Die Unternehmen setzen auf alternative Energieformen, fürchten jedoch im internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr mithalten zu können. >>



Was muss nun aus der Sicht der Unternehmen getan werden, um bei den multiplen Herausforderungen durch Energiekrise, Inflation und Lieferkettenproblemen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aufrechtzuerhalten? „Die aktuellen Energiepreise sind eine enorme Bedrohung für den Industriestandort. Die Politik auf europäischer Ebene ist gefordert, die Rahmenbedingungen des Energiemarktes so zu überarbeiten, dass weiterhin Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht bleiben, ohne dass alles am aktuell durch den Krieg teuersten Energieträger Gas ausgerichtet ist. Das ist keine einfache Aufgabe, aber kurzfristig wird es kaum einfache Lösungen geben“, sagt Florian Teufelberger, CEO des gleichnamigen Unternehmens, das sich in der siebenten Generation der Entwicklung und Produktion von Faser- und Stahlseilen sowie der Extrusion von Kunststoffbändern widmet.

Und das oberösterreichische Unternehmen ist bereit sich den Herausforderungen zu stellen. Daher beschäftigt man sich bei Teufelberger mit Möglichkeiten, den Energiebedarf zu senken oder aus Alternativen zu beziehen. Denn für ein produzierendes Unternehmen ist der Energieverbrauch ein treibender Faktor. „Deshalb achten wir insbesondere auf einen höchstmöglichen Einsatz aus erneuerbaren Energiequellen. Moderne Leuchtmitteln, sowie Kühl- und Wärmetechnik ermöglichen uns bereits eine Reduktion unseres Energieverbrauchs“, so Teufelberger. Mit dem Einsatz der Produkte zum Beispiel in Windparks – im Besonderen der Stahl- und Faserseile – unterstützt man die nachhaltige Energieerzeugung zu

Bei Teufelberger versucht man den Energiebedarf zu senken und auf Alternativen umzustellen.

Lande und am Wasser. Das Unternehmen geht auch noch einen Schritt weiter. „Wir nehmen zum Beispiel aktuell ein Biomasse Kraftwerk wieder in Betrieb, mit dem wir etwa ein Fünftel unseres Strombedarfs durch Verbrennung von Holzabfällen selber erzeugen können. Andererseits müssen wir uns noch mehr um unsere Kunden bemühen und durch hervorragende Leistung die Grundlage schaffen, zumindest einen Teil der Mehrkosten auch in unseren Preisen unterbringen zu können. Hier sind uns durch den internationalen Wettbewerb aber natürlich Grenzen gesetzt“, so Florian Teufelberger.

Nachhaltige Strategie in Richtung Energie-Unabhängigkeit

Das global tätige biopharmazeutische Unternehmen Takeda setzt in der aktuellen Energiesituation auf nachhaltige Energie an seinen Standorten. In Österreich arbeitet Takeda entlang der gesamten pharmazeutischen Wertschöpfungskette: Forschung & Entwicklung, Plasmaaufbringung, Produktion und Vertrieb. „Wir haben die Notwendigkeit und Bedeutung von Nachhaltigkeitsinitiativen schon vor langer Zeit erkannt. Im Jahr 2020 haben wir die CO₂-Neutralität erreicht. Uns ist bewusst, dass wir nicht aufhören können, sondern das Thema weiter vorantreiben müssen, um als Standort neben der Förderung der Nachhaltigkeit auch in Richtung Unabhängigkeit zu gehen“, so Roland Fabris, Geschäftsführer und Standortleiter von Takeda in Linz. So wurde beispielsweise eine eigene Photovoltaikanlage am Standort implementiert, die 132MWh nachhaltigen Strom pro Jahr produziert. In Linz wird ein Großteil der für die Herstellung von Medikamenten benötigten Energie aus Prozessabwärme gespeist, die von den am Chemiepark Linz angesiedelten Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Seit Sommer 2021 bezieht der Wiener Standort lokales Biogas aus der Biogasanlage Pfaffenau. Durch diese Maßnahme wird der CO₂-Ausstoß in den nächsten Jahren um weitere 1.300 Tonnen pro Jahr verringert. Neben der kontinuierlichen Reduktion des Energieverbrauchs und der Steigerung der Energieeffizienz, ist die Substitution von fossilem Gas

Der internationale Pharmakonzern Takeda setzt entlang seiner Wertschöpfungskette auf erneuerbare, nachhaltige Energie.

ein weiterer Aspekt, um die ambitionierten Nachhaltigkeitsziele von Takeda zu erreichen.

Energie-Unabhängigkeit

„Man kann sich den aktuellen Herausforderungen stellen, aber vielleicht nicht gegen alles so einfach ankämpfen. Als Unternehmen sind einem in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden. Man kann als produzierende Industrie in unserem Fall natürlich schauen möglichst geschickt z. B. Energie einzukaufen. Aber da kann man sich momentan nur nach der Decke strecken. Internationales Sourcing von Rohstoffen hat sich extrem verteuert“, beklagt Ing. Gerhard Frauendorfer, Geschäftsführer von Lithos Industrial Minerals, einem Unternehmen, das natürliche Mineralien zu hochwertigen Inhaltsstoffen für die Industrie verarbeitet.

Frauendorfer ist der Ansicht, dass sich die Produktionen auch unter Anwendung aller möglichen betriebswirtschaftlichen Kniffe in nächster Zeit immer noch weiter stark verteuern werden. „Es wird Firmen geben, deren Kunden diese Teuerungen nicht akzeptieren werden und dann droht Insolvenz. Denn es entsteht hier eine neue Dynamik im Konkurrenzkampf. Der Mitanbieter, der in der Lage ist Preiserhöhungen auf Grund seiner Größe etc. länger hinauszuzögern, wird den Kunden bekommen“, befürchte Frauendorfer die Auswirkungen der Krise.

Klarheit ist für die Unternehmen der Industrie überlebenswichtig

„Auch wenn wir noch mitten in einer Energiekrise stecken, in der die Bundesregierung viel zu langsam und zaghaft handelt, glauben wir fest daran, dass die Industrie weiterhin die Basis für eine stabile Volkswirtschaft und den Erfolg des Standorts ist!“, ist Thomas Salzer, Präsident der Industriellenvereinigung NÖ und Geschäftsführer der Salzer Gruppe, überzeugt. Gerade in Krisenzeiten benötige Österreich eine Bundespolitik, die rasch und entschlossen handelt. Jetzt brauche es Klarheit über die Energiepreise 2023 und nicht in ein paar Wochen, so Salzer. Da Deutschland eine Milliarden-



schwere Gas- und Strompreis-Bremse angekündigt hat, muss aufgrund der engen Verzahnung mit dem Wirtschaftspartner Deutschland auch Österreich rasch handeln. Der Bund muss jetzt die entsprechenden Vorbereitungen treffen, um dann rasch handeln zu können. „In den kommenden Jahren werden uns noch andere Krisen und Herausforderungen beschäftigen. Der Klimawandel, die Gestaltung einer nachhaltigen Energiezukunft, die weiter voranschreitende Digitalisierung sowie der allgegenwärtige Fachkräftemangel sind nur einige Beispiele dafür. Als Industrie sind wir der Ermöglicher des Wandels“, so Salzer weiter. ■

Autorin: Herta Scheidinger



Bei Lithos fürchtet man, durch die aktuellen Teuerungen an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Ing. Dr. Sabine Herlitschka, MBA – CEO Infineon Technologies Austria AG

Infineon setzt bereits seit Jahren Maßnahmen, um Energie einzusparen. Derzeit werden z. B. bereits



75 Prozent des Wärmebedarfs am Standort Villach mit Abwärme aus der Produktion gedeckt, seit 2013 wurden gerade in der Produktion durch intelligente Vernetzung von Anlagen, Prozessen und Systemen Energieeinsparungen von 62 GWh erzielt und auch der Erdgas-Anteil von derzeit rund drei Prozent am Jahresenergiebedarf wird aktuell durch unterschiedliche Maßnahmen laufend gesenkt. Nichtsdestotrotz spüren wir insgesamt wie alle Unternehmen natürlich auch

die gestiegenen Energiekosten. Im internationalen Vergleich ergeben sich dadurch für europäische Betriebe klare Wettbewerbsnachteile. Im gesamten Infineon-Konzern nutzen wir neben einer Hedging-Strategie alle Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu senken.

Wir beobachten den Gas- und Energiemarkt sehr genau. Im kompletten EU-Raum konnte der Ausfall des russischen Erdgases durch höhere Importe aus Norwegen aber vor allem durch LNG Gas kompensiert werden. Aus derzeitiger Sicht scheint die Erdgasversorgung in diesem

Winter in Österreich gesichert zu sein, wenn auch zu einem höheren Energiepreis. Dennoch müssen wir uns weiter vorbereiten, da nicht klar ist, wie sich die Lage über den Winter hinaus entwickelt. Vor allem auch die bei Bedarf in den Raum gestellten Stromlenkungsmaßnahmen hätten massive Auswirkungen auf unsere Chipfertigung.

Generell muss die Energiepolitik Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Kurzfristig unterstützen die jüngst gesetzten Maßnahmen im Bereich Strompreiskompensation oder Energiekostenzuschuss eine bessere Planbarkeit für Unternehmen. Die Frage ist, ob diese Mittel budgetär und zeitlich ausreichend sein werden, haben Unternehmen in Europa im internationalen Vergleich doch mit wesentlich höheren Energiekosten zu kämpfen. Es ist richtig und gut, jetzt Symptome zu bekämpfen, längerfristig muss es gelingen Strom- und Gaspreis voneinander zu entkoppeln. Es liegen dazu bereits viele Vorschläge am Tisch. Mittel- bis langfristig stehen für mich zudem Förderungen für den Umstieg auf erneuerbare Lösungen für die Industrie im Fokus.

Der größte Energiebedarf liegt bei Infineon in der Produktion, daher setzen wir in Villach den Fokus auf Optimierungen in diesem Bereich. Im Geschäftsjahr 2021 wurden am Produktionsstandort Villach durch solche Maßnahmen über zehn GWh eingespart, das ist in etwa der jährliche Stromverbrauch von 2.200 Haushalten. Diese Maßnahmen werden weiter forciert. Im Bereich der Produktion setzt Infineon in Villach aktuell auch eine Vielzahl an Maßnahmen zur Reduktion und Substitution von Erdgas, das in der Fertigung eingesetzt wird. Durch diese Maßnahmen wird bis Ende 2022 bereits rund ein Drittel des benötigten Erdgases eingespart, mittelfristig bis zu zwei Drittel. Ein spannendes Projekt ist die Vor-Ort-Produktion von grünem Wasserstoff, den wir in der Fertigung benötigen. Dieser wird ab 2023 am Standort Villach aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt. Nach dem Einsatz in der Produktion wird der Wasserstoff zukünftig wieder aufgereinigt und für die Nutzung im öffentlichen Busverkehr in der Region Villach eingesetzt.

Durch Maßnahmen zur Reduktion und Substitution von Erdgas, wird in der Fertigung bis Ende 2022 bereits rund ein Drittel des benötigten Erdgases eingespart.

Wolfgang Hesoun – Vorstandsvorsitzender der Siemens AG Österreich

Wir versuchen durch verschiedene Maßnahmen den hohen Energiekosten Herr zu werden. Dazu gehört etwa ein intelligentes Energiemanagement an unseren Standorten in ganz Österreich oder unser 2019 in Betrieb genommenes Campus Microgrid in der Siemens City in Wien, einem smarten System zur Optimierung des Strom- und Wärmebedarfs. Ein solches Projekt ist in Verbindung mit der Infrastruktur eines bestehenden Industriebetriebs wegweisend.

Als international agierendes Unternehmen haben wir Strukturen, um eine Versorgungssicherheit für die bei unseren Kunden verbauten Lösungen zu gewährleisten. Für akute Stromausfälle gibt es beispielsweise eine betriebseigene Stromversorgung, mit der wir einige Stunden überbrücken können. Generell setzen wir auf einen guten Energiemix und sprechen uns dafür aus, möglichst viele Formen der Energiegewinnung zu kombinieren, und nicht einzelne Technologien auszuschließen.

Wir befinden uns in einer nie so dagewesenen Marktsituation und neben der Energiekrise belasten uns zusätzlich die politischen Veränderungen, die auf die Pandemie zurückzuführenden Lieferschwierigkeiten und der Fachkräftemangel. Unsere kürzlich veröffentlichten Geschäftszahlen zeigen aber deutlich, dass die drei Schwerpunkte von Siemens, nämlich Digitalisierung, Automatisierung und Nachhaltigkeit gefragter denn je sind. Wir sind ein starker Partner und unterstützen unsere Kunden auf dem Weg in eine dekarbonisierte und digitalisierte Zukunft.

Doch welche Entlastungen für Unternehmen braucht es jetzt? Es ist wichtig, die großen Industrieunternehmen im energieintensiven Bereich weiter im Betrieb zu lassen – diese sind „Multiplikatoren“ für die nachfolgende Wirtschaftsleistung, und auch daran müssen wir denken. Generell brauchen wir derzeit schnelle Entscheidungen und Transparenz von der Politik. In Zeiten von Unsicherheit und vielfach auch Angst brauchen Unternehmen Planungssicherheit und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Jobsicherheit.

Man könnte zum Beispiel jenen Teil des Gases, der für die Stromproduktion zuständig ist, auf ein



erträgliches Niveau subventionieren. Dann könnte ich mit dem dahinterliegenden System weiterarbeiten, weil man der Teuerung damit die Spitze nimmt.

Das nächste halbe Jahr bleibt weiter herausfordernd. Es ist nicht zu erwarten, dass die Strompreise merklich sinken werden. Um nicht mehr in eine solche Situation und aus den derzeitigen Abhängigkeiten zu kommen, müssen wir für die nächsten Jahre planen. Die Umstellung des Energiesystems ist ein sehr langwieriger Prozess – das reicht von dem Bau von Umspannwerken bis zu dem Umstellen von Gewohnheiten. Warum ein Land mit so viel Erneuerbarer Energie diese nicht für seine Nutzer preisdämpfend zur Verfügung stellen kann, das muss mir wer erklären.

Neben dem Ausbau alternativer Energiequellen ist der Umgang mit bestehenden Energieresourcen genauso wichtig. Unternehmen sind geforderter denn je, ihren Energieverbrauch zu analysieren und in Richtung effektiver und effizienter Nutzung zu optimieren.



Generell setzen wir auf einen guten Energiemix und sprechen uns dafür aus, möglichst viele Formen der Energiegewinnung zu kombinieren.

„Wir brauchen daher rasche Lösungen auf politischer Ebene“

Rob van Gils,
Vorstandsvorsitzender
Hammerer Aluminium
Industries (HAI), spricht
im Interview über die
Energiepreissteigerungen,
wachsende
Standortrisiken in
Österreich und die
zu langsame
Energiewende.



Hammerer Aluminium Industries (HAI) investiert bis Anfang 2024 insgesamt 100 Millionen Euro in den Ausbau der Produktionskapazitäten. Das heißt, ihrem Unternehmen geht es trotz schwieriger Rahmenbedingungen gut?

Rob van Gils: Wir bleiben optimistisch, die kurzfristigen konjunkturellen Probleme ändern nichts an der langfristigen Strategie von HAI. Wir wollen unsere neuen Anlagen am Start haben, wenn sich

die allgemeine wirtschaftliche Lage wieder zum Positiven wendet. Wir haben auch schon die Aufträge der Kunden für 2024 im Haus. Allerdings bereiten uns die massiv gestiegenen Energiekosten, für die es in Österreich nach wie vor keine politische Lösung zur Kostenabfederung gibt, großes Kopfzerbrechen.

In welche Bereiche und Standorte werden Sie dieses Geld investieren?

HAI ist einer der Vorreiter in der europäischen Aluminiumindustrie bei Kreislaufwirtschaft und Recyclingprozessen.

Mit zwei neuen Strangpresslinien, inklusive Bearbeitungszentren sowie dem Bau eines Logistikzentrums werden wir die Weichen für die Zukunft stellen. Am Standort Ranshofen wird in eine zweite 60 Meganewton Strangpresslinie investiert (eine wurde bereits in diesem Jahr installiert). Auch ein neues Logistikzentrum auf 14.000 m² Fläche mit Halle, Lager und Verladebereich wird in Ranshofen entstehen, da wir hier aus allen Nähten platzten. Das Dach wird für eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von einem Megawatt Peak verwendet. In unserem rumänischen Strangpresswerk in Cris wird ebenfalls in eine hochautomatisierte, neue Strangpresslinie investiert, mit einer Presskraft von 40 Meganewton.

Die Aluminiumproduktion ist sehr energieintensiv. Wie kann man trotz dieser Herausforderungen am Markt erfolgreich sein?

Die meiste Energie wird in der Aluminiumindustrie bei der Herstellung von Primäraluminium verbraucht. Durch Erhöhung der Recyclingquote kann der Energieverbrauch massiv verringert werden. In unseren beiden Gießereien (Ranshofen, Österreich und Santana, Rumänien) setzen wir bis zu 80 Prozent Recyclingmaterial ein, bei gleich großer Legierungsqualität im Vergleich zu herkömmlichen Produkten. Der Einsatz von Recyclingmaterial erfordert nur fünf Prozent der Energie, die für die Herstellung von Primärmaterial verbraucht wird. HAI beschäftigt sich seit der Unternehmensgründung 2007 mit Kreislaufwirtschaft und Recyclingprozessen und kann sich hier also zu einem Vorreiter in der europäischen Aluminiumindustrie zählen. Mit der drastischen Senkung des Energieverbrauches können wir natürlich auch den CO₂-Fußabdruck unserer Produkte erheblich senken. Auch das macht uns am Markt erfolgreich. Unsere Legierungen SustainAl 2.0 und SustainAl 4.0, die wir 2021 auf den Markt gebracht haben, haben einen der weltweit niedrigsten Fußabdrücke auf dem Markt. Außerdem reduzieren wir unseren Energieverbrauch durch Prozessoptimierungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und wir haben konzernweit auf „grünen“ Strom umgestellt. Unsere Unter-



nehmensstandorte nutzen wir, um umweltfreundlichen Strom zu erzeugen. In Ranshofen gibt es auf den Dächern bereits rund 9.000 m² Photovoltaikflächen, auch auf dem neuen Logistikzentrum wird, wie bereits erwähnt, eine große PV-Anlage entstehen. Weitere große Anlagen für 2023 an Standorten in Deutschland und in Rumänien sind in Vorbereitung.

Hinzu kam erst vor Kurzem, dass die Ist-Löhne und -Gehälter der rund 7.000 Beschäftigten der Nicht-Eisen-Metallindustrie und von 17.250 Mitarbeitern im Bereich Bergbau-Stahl rückwirkend mit 1. November um rund 7,5 Prozent angehoben wurden. Wie sehr belastet das Ihr Unternehmen?

Der diesjährige Abschluss liegt an der obersten, gerade noch verantwortbaren Grenze. Gerade in der aktuellen wirtschaftlich schwierigen Situation bedeutet ein derart hoher KV-Abschluss von 7,54 Prozent eine enorme zusätzliche finanzielle Belastung für uns und auch für die anderen Betriebe aus der Branche.

Als Verhandlungsleiter der NE-Metallindustrie warnen sie in einer Aussendung, dass das zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Mitbewerbern führen wird. Wird das spürbare Auswirkungen am Markt haben?

Ja, das wird zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Mitbewerbern führen – insbesondere gegenüber Deutschland. Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen, massive Kostensteigerungen und Engpässe in der Logistik

sowie die rasant steigenden Energiepreise, stellen uns bereits jetzt vor enorme Herausforderungen. Wir brauchen daher rasche Lösungen auf politischer Ebene.

Gleichzeitig findet man heute kaum noch Fachkräfte. Ist eine Überzahlung der KV-Löhne heute fast schon Standard?

Die Überzahlung ist für uns kein entscheidender Wettbewerbsvorteil, denn am Standort und speziell in der Region haben wir vergleichbare Löhne und Gehälter. Die Überzahlungen dienen vielmehr dafür den schwierigen Arbeitsbedingungen in der Casting, bzw. den ständig steigenden Anforderungen an unseren hochkomplexen Maschinen Rechnung zu tragen. Viel wichtiger im Kampf um die besten Fachkräfte ist daher, eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der die Fachkräfte gerne arbeiten möchten.

In welchen Bereichen wollen Sie sich in den nächsten Jahren deutlich stärker engagieren?

Im Wesentlichen gibt es zwei große Themen, die in den nächsten Jahren mit hoher Priorität weiter vorangetrieben werden. Zum einen geht es

Die Frage ist nicht, ob mit nachhaltiger Energie kostendeckend produziert werden kann, sondern wie schnell wir ausreichend nachhaltige Energieformen zur Verfügung haben.

im Rahmen der HAI Nachhaltigkeitsstrategie um eine weitere, signifikante Reduktion des CO₂-Fußabdruckes, zum anderen wurde in diesem Jahr eine umfangreiche Digitalisierungsoffensive gestartet. Hier werden wir in den nächsten vier Jahren 20 Millionen Euro in die digitale Transformation der Prozesse der HAI-Gruppe investieren.

Wie schätzen Sie die Entwicklung auf den Energiemärkten in den nächsten Jahren ein?

Durch das starke Wirtschaftswachstum und steigende Nachfrage erlebten die Energiepreise zuletzt einen Höhenflug. Der Krieg in der Ukraine hat die Versorgungssituation bei Kohle, Öl und Erdgas weiter unter Druck gesetzt, was die Preise für diese Energieträger zusätzlich nach oben getrieben hat. Für die nächsten Jahre ist auch weiterhin ein hohes Preisniveau zu erwarten. Es muss alles daran gesetzt werden, Energie bestmöglich einzusparen und der Ausbau erneuerbarer Energien muss endlich drastisch vorangetrieben werden.

Waren aus Ihrer Sicht die Sanktionen gegen Russland berechtigt und war der Preis für die europäische Wirtschaft zu hoch?

Die Sanktionen sind eine berechtigte Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Zwar wirken die Sanktionen weniger stark als angenommen, da die überbordend gestiegenen Energiepreise für Russland viel wettmachen, dennoch zeigen die Sanktionen zunehmend Wirkung auf die russische Wirtschaft. Vor allem der mittlerweile sehr eingeschränkte Zugang zu westlichen Technologien schadet der russischen Wirtschaft massiv.

Die USA nutzen die hohen Energiepreise um Europäische Top-Unternehmen in die USA zu locken. Wäre der Standort USA für Sie eine Option?

Nein, das ist für uns derzeit keine Option, unsere Kunden sind hauptsächlich in Europa. Eine Versorgung dieser aus den USA ist keine Option und auch nicht nachhaltig.

Viele Unternehmen bauen nun eine eigene, nachhaltige Energieversorgung auf. Welche Maßnahmen setzen Sie hier?

Wie bereits erwähnt, investieren wir bereits seit einigen Jahren viel in den Ausbau von eigenen Photovoltaikanlagen. Aber die Aluminiumindustrie ist energieintensiv und auf große Mengen

HAI investiert bis Anfang 2024 insgesamt 100 Millionen Euro in den Ausbau der Produktionskapazitäten.

Strom und Gas angewiesen. Wir produzieren so energiesparend wie möglich – Stichwort Recycling und Prozessoptimierung – aber es ist nicht möglich, die Aluminiumindustrie mit eigenem Strom aus Photovoltaik zu betreiben. Wir beziehen aber an allen Standorten ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen und beziehen unsere Aluminiumvorprodukte ebenfalls überwiegend aus Erzeugungen, die mit Strom aus Wasser, Geothermie oder Sonne hergestellt wurden.

Ist eine Aluminiumproduktion mit nachhaltiger Energie kostendeckend zu betreiben?

Die Frage ist nicht, ob mit nachhaltiger Energie kostendeckend produziert werden kann, sondern wie schnell wir ausreichend nachhaltige Energieformen zur Verfügung haben. Die Energiewende muss viel schneller vorangehen.

Wird das nicht auch die Preise für ihre Produkte weiter nach oben treiben?

Die Preise sind im Moment so exorbitant hoch, dass die Aluminiumbranche in Europa in großer Gefahr ist. Diese immensen Kosten können nicht mehr über die Produkte weitergegeben werden. Wenn es nicht bald eine Energiepreisbremse gibt, werden Teile der Industrie hierzulande verschwinden.

Mit welchen Maßnahmen wollen sie einer möglichen Rezession begegnen?

Wir haben in den letzten Jahren viel in den strategischen Ausbau unserer Standorte investiert und tun dies auch weiterhin. Erst vor wenigen Wochen haben wir ein weiteres Investitionspaket freigegeben und wir werden in den nächsten Jahren 100 Millionen Euro in moderne Anlagen und Infrastruktur investieren. Damit sind wir als HAI-Gruppe mit unseren Kunden aus Transport, Industrie und Bau gut aufgestellt.

Was muss von politischer Seite am Standort Österreich nun passieren, um uns fit für die Zukunft zu machen?



Insbesondere im Energiesektor bedarf es nun – so wie in Deutschland bereits angekündigt – rascher Lösungen zur finanziellen Abfederung der Energiekosten von politischer Seite. Österreich darf bei den Energiekosten nicht schlechter gestellt sein als Deutschland. Auch in Rumänien, wo wir zwei Standorte betreiben, gibt es bereits eine Lösung für Unternehmen. Österreichische Unternehmen verlieren die Wettbewerbsfähigkeit und wenn es keine Wege geben wird, die enorme Preislast für die Industriebetriebe abzufangen, dann werden wir Produktionsstätten hier in Österreich verlieren.

2023 wird aus Sicht vieler Ökonomen noch schwieriger als 2022. Stagflation/Rezession-Ängste machen die Runde. Wie schätzen Sie das nächste Jahr ein?

Die Herausforderungen für 2023 sind sehr anspruchsvoll. Für unsere Kunden aus den Märkten im Bereich Bau und Industrie produzieren wir bereits jetzt schwerpunktmäßig in Rumänien und Polen, da der Kostendruck in Österreich und Deutschland zu hoch ist. Am österreichischen Standort in Ranshofen entwickelt sich die HAI-Gruppe dafür zum Technologieführer für Aluminiumkomponenten für den Transportbereich. Positiv ist, insbesondere Leichtbaukomponenten für die E-Mobilität werden verstärkt nachgefragt werden. Gruppenweit rechnen wir aber mit einem Auftragsrückgang von mindestens 20 Prozent und die werden wir dort produzieren, wo es am günstigsten ist. ■

Autor: Stephan Scoppetta



Die Wichtigkeit der energieintensiven Industrie Niederösterreichs

Die energieintensive Industrie zeigt sich für einen wesentlichen Anteil der Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung in Nieder- und Gesamtösterreich verantwortlich.

Aufgrund starker Vernetzung mit vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbranchen sowie der traditionell intensiven regionalen Verankerung am Wirtschaftsstandort ist sie ferner als Lieferanten wichtiger Rohstoffe sowie als Nachfrager diverser Vorleistungsprodukte bedeutend. Folglich reichen die Hebeleffekte der energieintensiven Industrieunternehmen Niederösterreichs weit über ihre Unternehmensgrenzen hinweg.

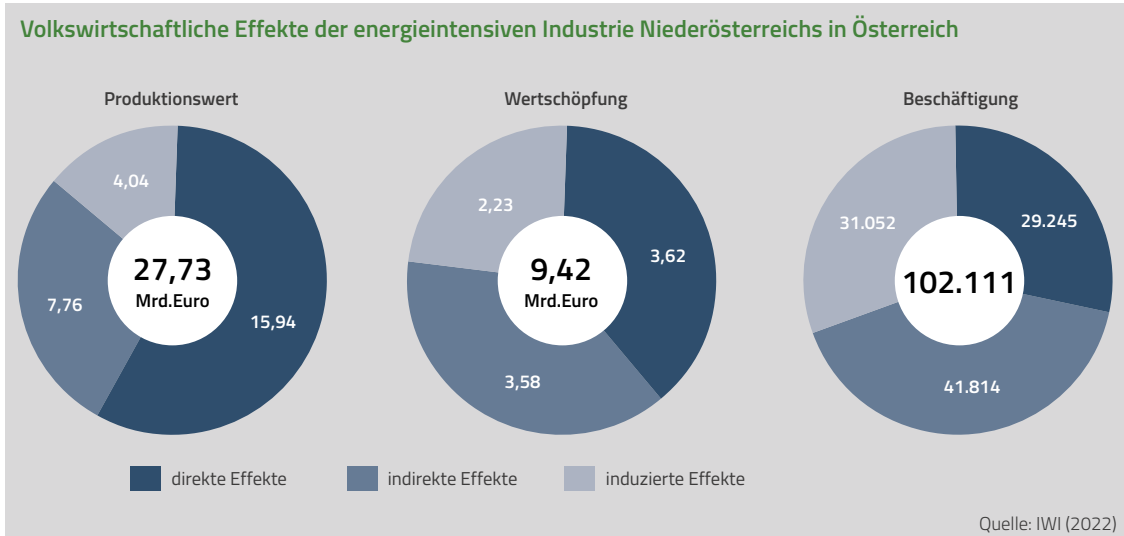
Für energieintensive Unternehmen spielen Energie gepaart mit der Versorgungssicherheit eine vorrangige Rolle. Aktuell ist das Thema von besonderer Relevanz, was auf mehreren Gründen beruht, wie z. B. den drastisch erhöhten Energiepreisen oder der Energiewende. Als Folge bevorstehender Schwierigkeiten rückt sogar das Thema Blackout in den Vordergrund und somit die Befürchtung eines Ausfalls des Stromversorgungsnetzes (auch über einen längeren Zeitraum). Die Situation wird durch den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine und den damit einhergehenden Maßnahmen deutlich verschärft.

Die energieintensive Industrie umfasst nach herkömmlichen statistischen Regeln die Herstellung von Holzwaren, die Herstellung von Papier und Pappe, die Kokerei und Mineralölverarbeitung, die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, die Herstellung von Glas/-waren, Zement, sowie die Metallherzeugung und -bearbeitung. In dieser Abgrenzung beläuft sich der unmittelbare Produktionswert der energieintensiven Industrie Niederösterreichs

auf 15,94 Mrd. Euro (Vergleichswert Österreich: 61,06 Mrd. Euro), dabei werden 29.245 Arbeitsplätze bereitgestellt (Österreich: 140.938 Arbeitsplätze). Die Metallherzeugung und -bearbeitung beschäftigt mit 8.699 Arbeitsplätzen die meisten Personen (Österreich: 38.122 Personen Metallherzeugung und -bearbeitung), wohingegen die Kokerei und Mineralölverarbeitung den größten Produktionswert mit 7,51 Mrd. Euro vorweist (Österreich: 17,71 Mrd. Euro in der Metallherzeugung und -bearbeitung).

Unter Berücksichtigung der Impulswirkung über sämtliche Wertschöpfungsketten (indirekte Effekte) sowie der ausgelösten Konsum- und Investitionseffekte (induzierte Effekte) wächst die Bedeutung weiter an. Denn der durch die energieintensive Industrie Niederösterreichs gesamtwirtschaftlich in Österreich insgesamt bzw. mittel- und unmittelbar ausgelöste Produktionswert beläuft sich tatsächlich auf 27,73 Mrd. Euro. Und, die energieintensive Industrie Niederösterreichs sichert in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung 102.111 Beschäftigungsverhältnisse in Österreich ab.

Mitunter zeigen sich in Niederösterreich signifikante Unterschiede in den Energiemix-Profilen der einzelnen Sektoren im Vergleich zum Österreichdurchschnitt. Der relative Anteil der biogenen Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch fällt in der energieintensiven Industrie Niederösterreichs mit sechs Prozent geringer aus, als dies für die energieintensive Industrie in Gesamtösterreich der Fall ist.



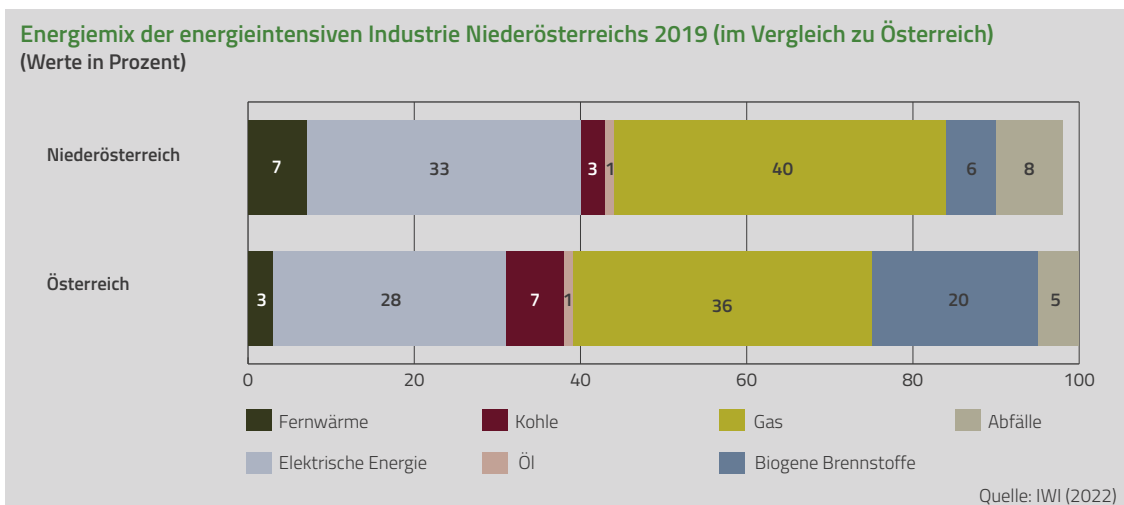
Dies liegt u. a. daran, dass innerhalb der energieintensiven Industrie Niederösterreichs etwa Papier und Druck, welches einen zentralen Verbraucher biogener Energieträger darstellt, weniger ausgeprägt ist. Es zeigt sich weiters, dass der Bereich in Niederösterreich stark von Gas abhängig ist. Zudem ist z. B. im Sektor der Holzverarbeitung ein spezifisches Profil sichtbar. So kommt es in Niederösterreich zu einem verhältnismäßig höheren Einsatz an Fernwärme, selbiges gilt für Chemie und Pharmazie. Der Sektor der Steine, Erden und Glas zeigt dafür eine überdurchschnittliche Dynamik bei der Verwertung von Abfällen zur Energiegewinnung am Standort Niederösterreich.

(bilanziell) gedeckt. Durch den massiven Ausbau von Windkraft seit dem Jahr 2005 erreicht Niederösterreich trotz stark industriellem Kern einen Erneuerbaren Anteil bei elektrischer Energie von 90,8 Prozent im Jahr 2019.

Die hier ausgewiesenen Zahlen, Daten und Fakten verdeutlichen die Relevanz der energieintensiven Industrie Niederösterreichs für den österreichischen Wirtschaftsstandort. In Anbetracht dessen sind politische als auch wirtschaftliche Maßnahmen wichtig, um eine Gefährdung von Arbeitsplätzen, Investitionen sowie Wertschöpfung möglichst gering zu halten.

Der Einsatz von elektrischer Energie wird am Standort in vergleichbar hohem Maß durch die Produktion aus erneuerbaren Energiequellen

Autor: Peter Luptacik
ist wissenschaftlicher Bereichsleiter am
Industriewissenschaftlichen Institut (IWI)



Interdisziplinarität in der angewandten Forschung

Im EU-Raum ist das Thema Interdisziplinarität in den vergangenen Jahren zunehmend in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt und auch verstärkt im Rahmen von Forschungsinitiativen (beispielsweise Horizon Europe) adressiert worden.

Aufgrund zunehmend komplexer werdender Herausforderungen (Digitalisierung, grüne Transformation, Pandemiebekämpfung etc.) steigt die Nachfrage nach interdisziplinären Lösungsansätzen. Die erfolgreiche Bearbeitung von gegenwärtig drängenden Fragestellungen erfordert immer häufiger den Zusammenschluss mehrerer fachlicher Disziplinen, vernetztes Denken sowie eine fach- oder berufsübergreifende Zusammenarbeit. Auch Innovationen bzw. technische Neuerungen, welche in einer globalisierten Welt zentral für die (internationale) Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Unternehmen, Regionen und Ländern sind, entstehen heute vorwiegend an den Schnittstellen traditioneller Fächergrenzen bzw. branchenübergreifend.

Nicht-disziplinäre Forschung bzw. Interdisziplinarität ist im Kern anwendungsorientiert bzw. „stets anwendungsnah anzusehen“,¹ wodurch sie insbesondere in der angewandten außeruniversitären Forschung eine wesentliche Rolle spielt. Am Beispiel der Forschungsinstitute der Austrian Cooperative Research (ACR)² lassen sich wesentliche Aspekte der interdisziplinären Zusammenarbeit darstellen, sowie Möglichkeiten ihrer Förderung bzw. Stärkung ableiten. Die Institute des ACR-Netzwerks decken in ihrer Gesamtheit eine Vielzahl von Forschungsdisziplinen ab und arbeiten in Forschungsprojekten auf unterschiedlichen Ebenen interdisziplinär zusammen. Fast die Hälfte der ACR-Institute weist einen Anteil an interdisziplinärer Forschung von mindestens 75 Prozent auf. Bei weiteren 20 Prozent der Institute liegt der Anteil der Projekte mit interdisziplinären Forschungspartnerschaften bei rund 50 Prozent. Größere Institute weisen tendenziell eine geringere Häufigkeit interdisziplinärer Forschungspartnerschaften auf, sie haben jedoch oftmals eine höhere

„interne“ Interdisziplinarität, z. B. im Sinn vielfältigerer Ausbildungshintergründe und Spezialisierungen der eigenen Forscherinnen und Forscher bzw. durch die interne Vernetzung bzw. den Austausch zwischen ihren Departments. Der überwiegende Teil der Institute erwartet, dass Forschung in interdisziplinären Partnerschaften weiter an Bedeutung gewinnen wird. Zu den treibenden Faktoren zählen u. a. die gesellschaftlichen Themenstellungen, die vielschichtiger und vernetzter werden und eine stärkere Systemperspektive verlangen sowie eine noch stärker werdende Anwendungsorientierung. Neben der Motivation zur Interdisziplinarität, die sich aus der eigentlichen Fragestellung bzw. der wissenschaftlichen Notwendigkeit zur Problemlösung heraus ergibt, wird interdisziplinäres Forschen bzw. die Kooperation mit (disziplinfremden) Partnern zunehmend auch seitens der Forschungsförderung bzw. Förderpolitik adressiert und ermöglicht.

Der Mehrwert interdisziplinärer Forschung besteht im Zugang zu neuen, spezifischen Methoden und Verfahren, die für das eigene Forschungsfeld genutzt werden können, in der Möglichkeit bestehende Forschungsinfrastrukturen weiterzuentwickeln bzw. zu kombinieren sowie neue Anwendungsfelder für (innovative) Lösungen zu erschließen. Die Zusammenarbeit mit Akteuren aus unterschiedlichen Disziplinen wird aber auch als wichtige Erweiterung des eigenen Forschungshorizontes bzw. als Bereicherung der eigenen Forschungstätigkeit wahrgenommen.

Interdisziplinäres Arbeiten und Forschen unterliegt jedoch vielfältigen Herausforderungen. Die größten Herausforderungen sind das Finden einer gemeinsamen „Sprache“ bzw. Begriffswelt sowie die gemeinsame Abgrenzung des Untersuchungsgegen-

standes und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Forschungszieles. Auch das Einschätzen der Leistungsfähigkeit des jeweils anderen wird als herausfordernd gesehen, insbesondere bei neuen, noch unbekanntem Forschungspartnern. Damit in Zusammenhang steht auch, dass interdisziplinäre Forschung als wesentlich zeitaufwändiger beurteilt wird als monodisziplinäre Partnerschaften. Aus diesem Grund sind interdisziplinäre Forschungsprojekte in der Regel ressourcen- und kostenintensiver. Wichtige Erfolgsfaktoren interdisziplinärer Forschungsprojekte sind (neben Fach- und Methodenkompetenz sowie entsprechender Ressourcen) eine große Offenheit der Projektbeteiligten sowie ein intensiver und laufender Austausch. Die entscheidenden Erfolgsfaktoren sind somit auch stark im Bereich sozialer Kompetenzen angesiedelt, die über das reine Fachwissen hinausgehen.

Die Integration von Wissensbeständen variiert in der interdisziplinären Forschung. Häufig anzutreffen ist die arbeitsteilige, zeitlich begrenzte Kooperation zwischen Spezialisten unterschiedlicher Fachgebiete. Interdisziplinär hat hier häufig „Support-Charakter“ – andere Disziplinen haben gewissermaßen unterstützende Funktion innerhalb der Forschungsprojekte. Noch seltener kommt es zur Entwicklung grundlegend neuer Forschungsansätze an den Grenzen bestehender Disziplinen. Eine stark ausgeprägte vertiefte Interdisziplinär ist auch im Umfeld der ACR-Institute noch ausbaufähig – d. h. Ziel für die kommenden Jahre ist die weitere Hebung des Poten-

zials im Sinne einer verstärkten gemeinsamen Entwicklung grundlegender Forschungsfragen und -ziele sowie die Ausarbeitung interdisziplinär höher vernetzter Lösungsstrategien. Um Interdisziplinär – und insbesondere eine tiefergehende Form davon – in der angewandten Forschung noch zielgerichteter zu unterstützen benötigt es vor allem Räume zum Experimentieren sowie qualitativ hochwertige, Disziplinen übergreifende Plattformen und Netzwerke wie die ACR. Es braucht aber auch eine Berücksichtigung des höheren Kommunikations- und Koordinationsaufwandes, bspw. in Form höherer Ressourcen für Projektanbahnung, -koordination und -management. Wichtig ist es, den richtigen Umgang mit Interdisziplinär zu finden – sie verstärkt zu ermöglichen, weniger jedoch formal einzufordern – also jene Bereiche zielgerichtet zu fördern, wo sich interdisziplinäres Arbeiten aus einer wissenschaftlichen Relevanz bzw. der Problemstellung ergibt. ■

Autoren: Philipp Brunner ist stv. Geschäftsführer des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI); Thomas Oberholzner ist Institutsleiter der KMU Forschung Austria (KMFA)

Die dem Artikel zugrundeliegende Studie ist auf der Homepage der ACR abrufbar: www.acr.ac.at/news-events/#downloads

¹Fraunhofer ISI (2021), Projekt: „Interdisziplinär von Wissenschaftseinrichtungen – Strukturen und Effekte“, Karlsruhe.

²ACR ist ein Netzwerk von 19 privaten, gemeinnützigen Forschungsinstituten, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei ihren Forschungs- und Innovationstätigkeiten unterstützen.

Beispiel eines laufenden interdisziplinären ACR-Projekts: Projekt „BioProfit“

Im Forschungsprojekt „BioProfit“, zu dem sich fünf ACR-Institute – AEE - Institut für Nachhaltige Technologien, LVA - Lebensmittelversuchsanstalt, ZFE - Zentrum für Elektronenmikroskopie und IWI - Industriewissenschaftliches Institut – unter der Leitung des GET - Güssing Energy Technologies zusammengeschlossen haben, wird ein wirtschaftliches Verfahrenskonzept zur Aufbereitung der Gärreste von Biogasanlagen mittels Flüssigkeitsabtrennung und Membrandestillation entwickelt. Die Flüssigphase

wird gesäubert und rezykliert, außerdem werden hochwertige Düngemittel und Humus produziert. Der im Humus gespeicherte Kohlenstoff wird dem CO₂-Kreislauf entzogen, wodurch CO₂-Zertifikate verkauft werden können. So können die Gärreste von Biogasanlagen, die bisher teuer entsorgt werden müssen, profitabel genutzt werden. Das ermöglicht lokale Wertschöpfung, indem mit regionalen Ressourcen die Energie- und Stoffkreisläufe geschlossen werden.

„Preisgrenzen führen zu einer Zwangsbewirtschaftung“

Arnold Weiß, Leiter des Wiener Büros von EPEX SPOT, der größten europäischen Strombörse, spricht im Interview über hohe Strompreise und Energiepreisdecke



Arnold Weiß ist Leiter des Wiener Büros von EPEX SPOT.

Warum sind die Kosten für Strom in den vergangenen Monaten derart explodiert?

Die Ursache ist vor allem das geringe Angebot. Schon im zweiten Halbjahr 2021 kam es schrittweise zu einer Verknappung und Verteuerung von Erdgas in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der COVID-Krise. Dann kam noch die geopolitische Situation im Osten Europas hinzu. Hinzu kam auch, dass im Sommer

2022, als wir die bisher höchsten Preise für Strom beobachten konnten, weitere Ereignisse das Stromangebot in Europa senkten. Eine europaweite Dürre führte zu Niedrigwasser der Flüsse und damit zu einer geringeren Produktion von Strom aus Wasserkraft. Die Trockenheit beeinträchtigte auch die Kühlung von Atomkraftwerken und den Transport von Kraftwerks-Kohle auf Schiffswegen.

Wie sehr treffen die hohen Energiepreise den Wirtschaftsstandort Europa?

Meines Erachtens bergen dauerhaft hohe Energiepreise im Extremfall die Gefahr der weitgehenden De-Industrialisierung Europas. Ferner riskieren wir durch sie eine Verarmung des Mittelstandes. Auch wenn wir davon aktuell weit entfernt sind, müssen entsprechende Warnungen ernst genommen werden.

Auch der europäische Strommarkt geriet in den Fokus der Kritik. Braucht es hier eine Reform?

Der europäische Strommarkt ist komplex und un-

überlegte Eingriffe können die Versorgungssicherheit gefährden. Außerdem ist für uns klar, dass die hohen Preise am freien Markt, also durch Angebot und Nachfrage, korrekt gebildet werden. Das Markt-design funktioniert, aber die Ergebnisse/Preise sind unerwünscht. Es verhält sich wie mit einem Thermometer: Wenn ein Patient 40 Grad Fieber hat und man macht das Thermometer kaputt, verschwinden deswegen weder das Fieber noch die Krankheit.

Die Festlegung des Strompreises orientiert sich wegen des Merit-Order-Systems am teuersten Kraftwerk. Ist diese Vorgehensweise sinnvoll?

Die Merit-Order-Kurve gewährleistet, dass die Nachfrage mit dem vorhandenen Angebot aufgefüllt wird – und zwar beginnend mit dem günstigsten Anbieter. Sie stellt vielmehr sicher, dass die günstigsten Gebote vorrangig zum Zug kommen und die teureren verworfen werden, wenn sie nicht benötigt werden. Insofern sorgt dieses Modell für den günstigsten Gleichgewichtspreis, den wir erreichen können, und hat sich über Jahrzehnte bewährt.

Deckt das Merit-Order-System den gesamte Stromhandel ab?

Lediglich ein Marktsegment im Stromhandel folgt der Merit-Order-Kurve: der Börsenhandel für den nächsten Tag. Die anderen Märkte, ob nun mit längerer oder kürzerer Lieferfrist sind Echtzeitmärkte und besitzen ein Pay-as-bid-Verfahren. Das gilt auch für den Handel abseits der Börse. Die erzielten Preise unterscheiden sich aber nicht wesentlich vom Day-Ahead-Markt. Das zeigt, dass die hohen Preise nicht durch das Markt-design an sich verursacht werden, sondern durch eine angespannte Situation von Angebot und Nachfrage.

Wäre ein Gas- und Strompreisdeckel eine Möglichkeit, den Strompreis einzudämmen?

Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn, da eine Preisgrenze in ihrer extremsten Form zu einer Verknappung des Angebots führt und eine Zwangsbe- wirtschaftung bzw. -zuteilung erfordert. Außerdem müssten alle europäischen Märkte mitziehen, um Flucht- oder Ausweichbewegungen zu vermeiden.

Hat es aber nicht in Spanien und Portugal funktioniert?

Dort hat man keinen allgemeinen Preisdeckel eingeführt, sondern den Preis von Gas und Steinkohle für die Stromproduktion begrenzt. Den Verlust durch die Preisgrenze bekamen die Stromproduzenten durch Sonderzahlungen ersetzt, die die Endverbraucher bezahlen. Im Endeffekt ist der Preisdeckel ein Zuschuss für Stromproduzenten, die Gas für die Erzeugung von Strom benützen. Der Strompreis ist im Durchschnitt daher auch nur um knapp 15 Prozent gesunken. Zudem ist die iberische Halbinsel in Bezug auf den Strommarkt eine Insel, da nur geringe Übertragungskapazitäten nach Frankreich existieren. Ferner hat die iberische Halbinsel LNG-Terminals und konnte sich einen beträchtlichen Anstieg des Gasverbrauches leisten. So verdoppelte sich der Anteil von Erdgas im Strommix von 16 auf 32 Prozent – wegen des Gaspreisdeckels wird also mehr Gas verbraucht als vor der Krise, obwohl Gas in Europa weiterhin ein knappes Gut ist.

Warum sind autarke Energiemärkte wie die Schweiz, Spanien und Portugal besser durch die Krise gekommen?

Ein nicht integrierter Strommarkt ermöglicht der Politik ein leichteres Eingreifen, weil die Ressourcen nur national genutzt werden. Aber dieses Pendel kann auch in die andere Richtung ausschlagen. In Frankreich ging man 2021 noch davon aus, dass man durch die Atomenergie in einem isolierten Markt besser aussteigen würde, als in einem gemeinsamen europäischen Markt. Doch im Sommer 2022 waren aufgrund von Niedrigwasser und Wartungsarbeiten von 56 Atomreaktoren zeitweise weniger als 20 in Betrieb, und Frankreich musste Strom importieren. Der gekoppelte EU-Binnenmarkt bietet eine hohe Versorgungssicherheit und sorgt

auch für enorme Einsparungen. Eine vollständige Autarkie der Mitgliedsstaaten wäre insgesamt deutlich teurer.

Hat die Krise das Nachfrageverhalten der letzten Monate verändert?

Studien zeigen nur geringe Nachfrageveränderungen, trotz einer Vervielfachung der Gas- und Strompreise in den meisten Ländern.

Aber wie ließe sich die Nachfrage senken?

Verbraucher sehen die monatliche Stromrechnung, aber nichts vom stündlichen Preis, der Angebot und Nachfrage widerspiegelt. Dieser Preis enthält aber die Information, wann es sinnvoll ist, Strom zu verbrauchen und wann nicht. Viele moderne Maschinen könnten Preissignale verarbeiten und automatisch ihren Stromverbrauch anpassen. Auf Unternehmensebene haben wir schon an einigen Pilotprojekten gearbeitet, die diese Preisinformation nutzen. Hier müsste die Politik Anreize schaffen, damit Unternehmen ihren Stromverbrauch auf Basis dieser Informationen optimieren.

Eine geringere Nachfrage ist nur ein Teil der Maßnahmen. Wie können wir in Europa in Zukunft günstige Energiepreise gewährleisten?

Durch eine Ausweitung der Produktionskapazitäten. Wegen der Klimaziele müssen wir an die Elektrifizierung ganzer Sektoren denken, der Stromverbrauch wird also steigen. Wir müssen die Netze optimieren und uns Gedanken über Speichermöglichkeiten machen. Wichtig ist auch eine breite Auswahl von Energie-Quellen und Ressourcen.

Wird der Strompreis in den nächsten Monaten zurückgehen?

Der Blick auf die langfristigen Futures-Märkte weist aktuell auf eine weiterhin bestehende Verunsicherung im Markt hin. Es ist mit hohen Preisschwankungen zu rechnen. ■

Interview: Stephan Scoppetta



Die Industrie Kärnten hat eine hohe Forschungsquote. Bei Forschungsprojekten arbeiten Unternehmen und Forschungseinrichtungen eng zusammen.

Innovativ trotz herausfordernder Zeiten

Trotz der Auswirkungen der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges ist die Industrie Kärntens ein verlässlicher Partner bei der Energiewende und ein attraktiver Arbeitgeber.

Kärnten ist ein moderner und attraktiver Industrie- und Technologiestandort. Die Industrie ist Kärntens wichtigster Wirtschaftszweig und trägt 37 Prozent zur Bruttowertschöpfung des Landes bei und hat damit einen höheren Industrieanteil als andere Bundesländer. Die Industrie Kärntens ist zudem der wichtigste Treiber der Wirtschaftsentwicklung, der Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft des Landes. Mit ihren rund 450 Mitgliedsbetrieben ist die Kärntner Industrie eher klein- und mittelständisch strukturiert. 81 Prozent der Industrieunternehmen beschäftigen unter 100 Mitarbeiter, 11 Prozent beschäftigen zwischen 100 und 250 Mitarbeiter. Von den rund 216.000 unselbstständig Beschäftigten in Kärnten arbeitet fast die Hälfte in der Industrie oder in mit ihr kooperierenden Dienstleistungssektoren. Derzeit werden rund 1.000 Lehrlinge ausgebildet. Damit ist die Industrie der größte Arbeitgeber des Bundeslandes und sichert besonders auch den Wohlstand in den Regionen.

Auswirkungen der Corona-Krise

Kärntens Industriebetriebe haben die Corona-Krise relativ gut überstanden. Es entstanden während der Pandemie jedoch enorme Liefer Schwierigkeiten. Besonders zu merken waren die Herausforderungen im Bereich der Elektronikindustrie, als Key enabling technology, aber auch in allen anderen Sektoren wurden die globalen Lieferketten immer wieder unterbrochen. Bauteile wie Mikrochips und grundlegende Werkstoffe wie Stahl, Aluminium oder Polymere für die Produktion fehlten. Steigende Kosten, Ertragseinbußen, längere Wartezeiten und Auftragsrückstaus waren die Folge. Diese Probleme sind auch noch aktuell spürbar. Besonders die Lieferkette zwischen Asien und Europa ist nach wie vor betroffen.

Steigende Energiekosten

Auch der Ukraine-Krieg betrifft die Betriebe der Industrie. Unmittelbare Auswirkungen des Krieges

Die Industrie mit ihren innovativen Unternehmen, ist Kärntens größter Arbeitgeber und sichert den Wohlstand in den Regionen.

und der damit verbundenen Sanktionen gegen Russland sind die rasanten Energiepreissteigerungen, fehlende Rohstoffe und unterbrochene Lieferketten. Besonders die erdrückenden Energiekosten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen zusehends. Es fehlt jedoch, laut der Sparte Industrie, eine umfassende Gesamtstrategie der Politik zur Bewältigung der Probleme. Zudem ist es für die Industrie, als hauptbetroffene Branche unverständlich, dass der von der EU geschaffene Rahmen in Österreich nicht voll ausgeschöpft wird. Die Verkürzung des Betrachtungszeitraums für einen Energiekostenzuschuss auf acht Monate, sowie die Einschränkung auf nur einen Teil des tatsächlichen Energieverbrauchs stellen im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn gravierende Nachteile dar. Neben dem Energiekostenzuschuss benötigt die Industrie auch strukturelle Maßnahmen, denn es geht darum, den Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit vom Wirtschaftsstandort Österreich abzuwenden.

Sichere Stromversorgung

Die sichere Versorgung mit Strom ist als entscheidender Standortfaktor für das Industriebundesland Kärnten von größter Bedeutung. Ein Blackout, also der Zusammenbruch der gesamten Stromversorgung in einer ganzen Region, ist kein realitätsfernes Szenario mehr, sondern eine konkrete Bedrohung der heimischen Wirtschaft. Um einen Blackout zu vermeiden, braucht es eine deutliche Beschleunigung der dazu notwendigen Genehmigungsverfahren für die Energieinfrastruktur und genügend gesicherte Kapazitäten, die dann Energie erzeugen, wenn es Erneuerbare nicht können. Die Transformation der Stromversorgung ist ebenfalls ein enorm wichtiger Beitrag, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Viele heimische Industriebranchen arbeiten intensiv an der verstärkten Einbindung erneuerbarer Energieformen in ihre Produktionsprozesse. Grundvoraussetzungen sind dafür die uneingeschränkte Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Kosten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die hochsensiblen Technologien und



Anlagen der Betriebe. Dazu ist aus Sicht der Industrie Kärnten ein rascher, konsequenter und koordinierter Ausbau der Energieinfrastruktur, parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energie notwendig. Dabei sollen Flexibilitätspotenziale (Speicher, Erzeugung, etc.) mitgedacht werden.

Austausch mit Behörden

Für die Industrie Kärnten sind faire gesetzliche Rahmenbedingungen unerlässlich. Konzerne machen globale Standortscreenings und überprüfen, wo es die sinnvollsten Rahmenbedingungen gibt. Als wichtigster Schlüsselfaktor wird die Verfahrensbeschleunigung gesehen. Die lange Dauer mancher Verfahren hemmt die Innovationskraft der Betriebe und schwächt den Standort. Daher verlangt die heimische Industrie, daß Genehmigungsverfahren für Produktionswirtschaft und Infrastruktur deutlich beschleunigt werden. Deshalb wurde die Strategieguppe „Betrieb und Umwelt“ ins Leben gerufen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den gegenseitigen Austausch zu fördern, von dem sowohl die Betriebe als auch die Behörden profitieren können. Durch die Vernetzung von Betrieben und Behörden soll besser zusammengearbeitet und Verbesserungspotenziale und Optimierungsmöglichkeiten der Abläufe aktiv diskutiert werden.

Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften

Die heimische Industrie ist mit ihren Innovationen auch Teil der Lösung bei der Bekämpfung des Klimawandels und Partner auf dem Weg zur Energiewende. Mit einem Anteil an erneuerbarer Ener-



gie von 55,1 Prozent ist Kärnten in Österreich führend und liegt europaweit im Spitzenfeld. Der Strom kommt aus über 500 Wasserkraftanlagen, darunter das größte Wasserkraftwerk Österreichs. Kärnten ist darüber hinaus erste Wasserstoffmodell-Region in Österreich und sieht die Wasserstoff-Technologie als eine echte und attraktive Alternative. Notwendig ist jedoch die Umsetzung der lange versprochenen Wasserstoff-Strategie, also einen notwendigen rechtlichen Rahmen, genauso wie Förderbestimmungen und Regelungen für die Infrastruktur.

Die innovativen Betriebe der Industrie beweisen, wie wichtig Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften ist. Und das bereits seit Jahrzehnten. Energieeffizienz, CO₂-Fußabdruck etc. werden laufend verbessert. Deshalb steht die Industrie Kärnten auch hinter den Zielen des Pariser Klimaabkommens und des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050. Das Ziel der Klimaneutralität eröffnet für wichtige Bereiche der Industrie auch Perspektiven auf neue Märkte und Absatzchancen.

Hohe Technologie- und Forschungskompetenz

Die Industrie Kärnten ist zudem in Forschungsprojekten zur Dekarbonisierung aktiv und Hauptsitz weltweit führender Unternehmen im Bereich Recycling- und Kreislaufwirtschaft. Die Forschungsquote steigt seit 2009 deutlich und kontinuierlich. Aktuell liegt sie mit 3,15 Prozent an vierter Stelle im Bundesländervergleich. Außergewöhnlich ist der hohe Anteil an betrieblicher Forschung mit 75 Prozent. Maßgeblich für die

Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken, setzt die Industrie Schritte, um Jugendliche für eine Ausbildung zu interessieren.

hohe Technologie- und Forschungskompetenz sind die international agierenden Leitbetriebe, die mit forschungsintensiven klein- und mittelständischen Unternehmen kooperieren. Die Stärkefelder der Forschung in Kärnten liegen in der Mikroelektronik, in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Metallbearbeitung- und Verarbeitung, in erneuerbarer Energie und Umwelttechnik, sowie in den Bereichen Holz und Papier. Alle Forschungseinrichtungen in Kärnten sind Beispiele für ein gelebtes Umfeld in dem sich Unternehmen und Forschung bewegen. Hier werden aktiv Kooperationen in zukunftssträchtigen Forschungsbereichen eingegangen, um nachhaltige Lösungen zu erzielen. Die Technologieparks in der Landeshauptstadt Klagenfurt und in Villach haben sich in den letzten Jahren zu österreichweit führenden Innovationszentren entwickelt. Beide sind Erfolgsmodelle für die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Forschungs- und Bildungsinstitutionen.

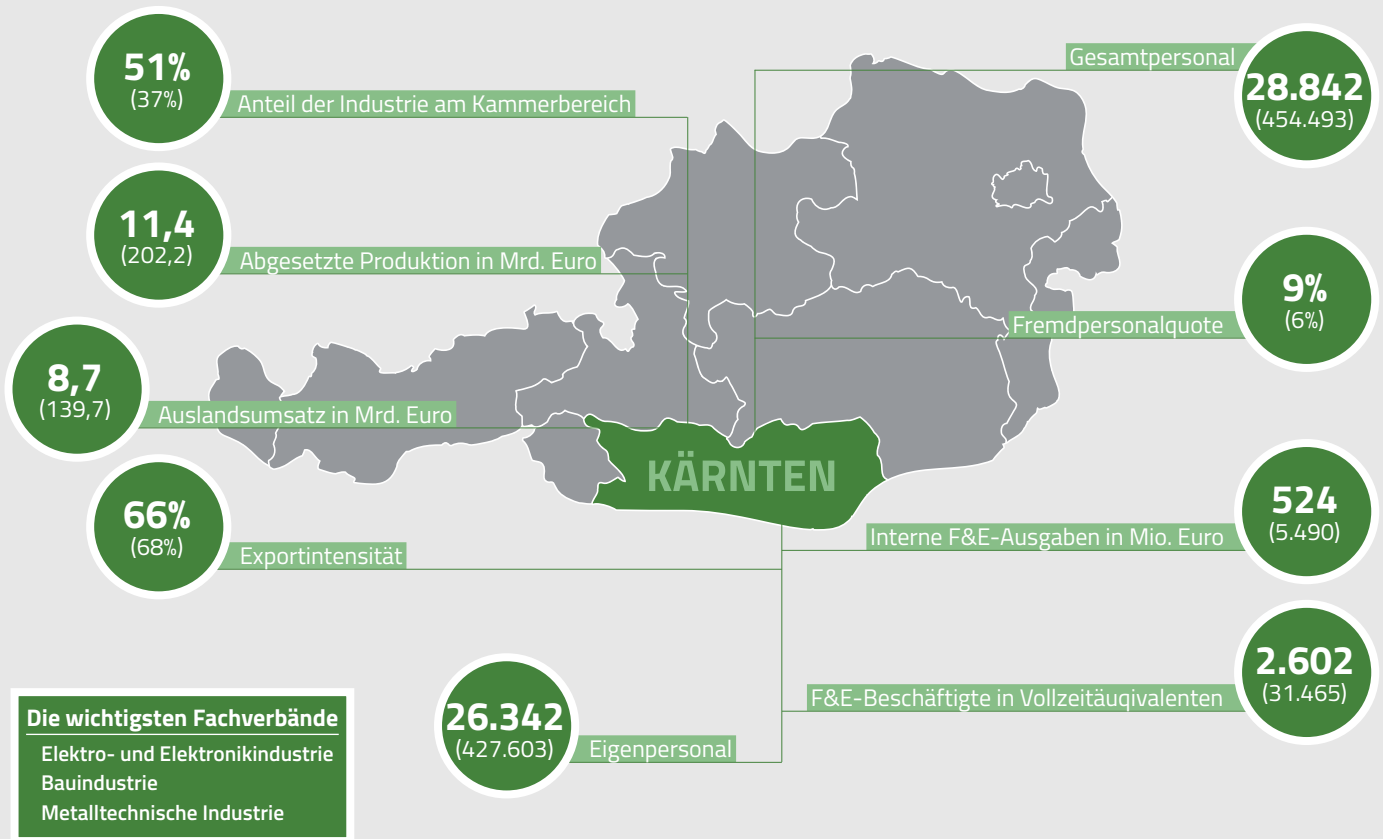
Das Interesse wecken

Um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzutreten setzt die Industrie Kärnten laufend Schritte, um Jugendliche für die Ausbildung in einem ihrer Betriebe zu interessieren. Als essentiell gelten MINT-Kompetenzen, also die Ausbildungsfelder rund um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Um das Interesse an diesen Fächern bereits im Kindergarten zu wecken, wurde das Projekt „Sumsi forscht mit“ ins Leben gerufen. „Sumsi“ wird von der Jungen Industrie Kärnten und der Raiffeisenbank Landesbank Kärnten umgesetzt. Dafür wurde ein Modell aus spezifischer Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und kindergerechter Forscher-Ausrüstung geschaffen. Mehr als 40 Kindergärten wurden im Rahmen dieses Förderprogramms bereits mit Forscherboxen für die Kleinen ausgestattet.

Bereits seit vielen Jahren ist das, von der Fachvertretung der Chemischen Industrie Kärnten ins Leben gerufene Projekt „Chemobil“ eine Erfolgsgeschichte. Dabei werden Kindern in der Volksschule

KENNZAHLEN DER INDUSTRIE KÄRNTENS

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Ind. am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; wichtigste Fachverbände nach Produktionswert; 2020; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); Gesamtpers. = Eigenpers. + Fremdpers. (Betriebsebene); Abges. Prod.; 2021 (vorläufig); Anm. 3: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2019; Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik

spielerisch anhand einfacher Experimente die Themen Chemie und Technik nähergebracht.

Aber auch in der Sekundarstufe II wurden für interessierte Jugendliche Möglichkeiten geschaffen. So wurde in der HTL-Mössingerstraße Klagenfurt der neue Schwerpunkt Analytische Chemie und Digitalisierung im Rahmen des Unterrichtszweigs Biomedizin und Gesundheitstechnik eingeführt. Der Chemie-Schwerpunkt vermittelt die notwendigen Kompetenzen, um den Anforderungen in der modernen chemischen Analytik, der Entwicklung neuer Messgeräte und der digitalen Aufarbeitung der Messdaten gewachsen zu sein. Die Lehrpläne für die praktische Ausbildung werden zusammen mit den Industrievertretern festgelegt. So soll jungen Menschen das Rüstzeug gegeben werden, um später in den Betrieben der Industrie beruflich erfolgreich sein zu können.

Herausforderungen in der Zukunft

Die derzeitigen Störgrößen für Industrie, wie der Krieg in der Ukraine, explodierende Energiepreise und die Umstellung auf CO₂-freie Stromerzeugung werden wohl auch das Jahr 2023 prägen. Zudem fordert die Industrie seit Jahren einen Energiemasterplan. Für die Unternehmen ist der Druck immens hoch, es gibt bereits erste Insolvenzen. Und es ist zu befürchten, dass aufgrund der Abhängigkeiten vom Grundstoffbereich Branchen abwandern werden. Es müssen daher rasch Maßnahmen getroffen werden, mit strukturellen Anpassungen und Preisbildungsmechanismen für Strom und Gas, wie von IV und WKO gefordert, um am Markt zu vernünftigen Preisen zu kommen.

Autorin: Helene Tuma

„Trotz komplexer Herausforderungen lassen wir uns unsere Zuversicht nicht nehmen.“



KR Michael Velmeden, Obmann der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Kärnten, lässt sich von Corona-Krise, Ukraine-Krieg oder Arbeitskräftemangel nicht entmutigen. Im Interview erzählt er über den Umgang mit Herausforderungen, das Engagement für die nächste Generation und Schritte bei der regionalen Vernetzung.

Herr KR Velmeden, Corona-Krise und Krieg in der Ukraine haben die Wirtschaft schwer gebeutelt. Wie betroffen sind davon die Industriebetriebe in Kärnten?

Die erste Phase der Pandemie mit Einschränkungen und Lockdown konnten unsere Betriebe sehr gut meistern. Zum einen ist das unseren qualifizierten Mitarbeitern zu verdanken, zum anderen haben wir uns bereits mehrmals rasch auf kritische Situationen einstellen müssen. In der Elektronik stieg die Nachfrage, aber aufgrund massiver Versorgungsengpässe sowie temporär fehlender Bauteile war die Produktion ineffizient und die Kosten schossen in die Höhe. Im Chip-Bereich gibt es nach wie vor einen erheblichen Mangel und dadurch hohe Auftragsrückstände. Im Maschinenbau sind während der Pandemie Nachfrage und Aufträge gestiegen. Im Automobilsektor kam es hingegen zu kurzfristigen Stornierungen. Viele unserer Betriebe mussten Kurzarbeit anmelden. Je nach Branche war die Kärntner Industrie daher unterschiedlich von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen.

Allgemein hat der Krieg in der Ukraine die Engpässe bei den Rohstoffen zugespitzt. Davon betroffen sind unter anderem Betriebe im Maschinenbau und der Holzindustrie, die eine starke Marktposition in Osteuropa und Russland hatten. Alleine schon durch die Sanktionierungen sind den Betrieben wichtige Märkte weggebrochen. Kärnten ist ein exportorientiertes Bundesland und auf internationale Handelsbeziehungen angewiesen. Das gilt speziell für die Industrie.

Was bedeuten die explodierenden Energiekosten für die Betriebe der Kärntner Industrie?

Für energieintensive Unternehmen, vor allem in der Baustoffindustrie, zum Beispiel bei der Erzeugung von Zement oder im chemischen Bereich, sind die hohen Energiekosten eine Katastrophe. Österreich hat durch die Energiekosten einen enormen Wettbewerbsnachteil. Das können wir uns nicht leisten. Schließlich geht es um Arbeit, Einkommen und Wohlstand. Unsere heimische Papierindustrie steht beispielsweise längst im Wettbewerb mit Betrieben aus nordischen Ländern, die eine ganze andere Energiekostenbilanz vorweisen können. Länder wie Spanien und Portugal haben sich für einen Energiepreisdeckel entschieden. Da können wir nicht mithalten. Es braucht faire Regeln – auf europäi-

scher und internationaler Ebene. Es ist höchste Zeit, um sich um eine gesicherte Grundversorgung mit Energie und Wasser zu kümmern. Die Politik muss für strukturelle Lösungen sorgen.

Kann die Energiewende doch noch gelingen?

Die Industrie will ein Teil der Energiewende sein und setzt sich bereits dafür ein, zum Beispiel mit Fotovoltaik-Systemen und Windkraft. Es scheitert nicht am Willen, aber an der Verfügbarkeit von Lösungen und Maßnahmen. Aktuell ist die Entwicklung in Europa bedenklich, weil plötzlich wieder Kraftwerke betrieben werden müssen, die eigentlich keiner mehr wollte. Umso mehr brauchen wir jetzt einen Masterplan für die strategische Energieerzeugung, für die Energieverteilung und ein stabiles Netz, um die Stromversorgung in Europa langfristig sicher zu stellen. Auf regionaler Ebene machen wir uns dazu auch Gedanken und tauschen uns in einer eigenen Strategiegruppe „Betrieb und Umwelt“ aus.

Welche Aufgaben hat die Strategiegruppe „Betrieb und Umwelt“ konkret?

Ein großer Schwerpunkt von den Mitgliedern der Strategiegruppe liegt auf dem Ausbau der Vernetzung und der Kooperation. Gemeinsam erarbeiten wir Verbesserungspotenziale in Kärnten und sprechen darüber mit den Verantwortlichen. Jüngst hat sich die Gruppe neben Energie und Infrastruktur mit den Themen Behördenverfahren und Überprüfungen auseinandergesetzt. Diese können in Industriebetrieben oft langwierig und kompliziert sein. Und das ist weder im Sinn der Unternehmen noch der Behörden. Durch einen direkten Erfahrungsaustausch können wir voneinander lernen und Abläufe optimieren. Es sind viele kleine Schritte, die einiges in Bewegung bringen. Kärnten ist zum Beispiel auch ein Musterland in Sachen Wasserkraft. Aber wir dürfen uns nicht ausschließlich darauf verlassen, sondern wir brauchen einen raschen Zugang zu klimafreundlichen Energien und Netzstabilität.

Wie sehr sind die Betriebe der Kärntner Industrie vom Arbeitskräftemangel betroffen?

Den Arbeitskräftemangel bekommen wir auch in Kärnten überall zu spüren. Bei uns gibt es wie in anderen Bundesländern eine sehr geringe Arbeitslosenrate bei gleichzeitig hoher Nachfrage an Arbeitskräften. Die Situation wird durch den demografischen Wandel mittelfristig länger bestehen bleiben. Aus der Sicht der Industrie kann Zuzug ein Lösungsansatz sein und wir müssen auch über andere Lebensarbeitszeitmodelle nachdenken. Am internationalen Markt können wir unsere Chancen als attraktiver Standort nur nützen, wenn wir rechtzeitig die Weichen stellen. Genauso wie jeder Betrieb ist die Politik gefordert entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Welche Schritte setzt die Industrie Kärnten beim Thema Ausbildung?

Die Kärntner Industrie setzt sich auf verschiedenen Kanälen für die Ausbildung von jungen Menschen ein. Ein wichtiger Teil davon ist die Lehre. Mit unterschiedlichen Werbemaßnahmen machen wir auf die Lehre in der Industrie aufmerksam und suchen den direkten Kontakt zu den jungen Menschen, zum Beispiel auf Lehrlingsmessen. Durch unser Engagement ist es gelungen, einen Großteil der freien Lehrstellen in Kärnten zu besetzen. Darüber freuen wir uns. Jugendliche können bei den Tagen der offenen Tür regionale Industriebetriebe kennen lernen und sich selbst vor Ort ein Bild über ihre Perspektiven machen. Zusätzlich bieten wir einen eigenen Talente-Check speziell für die Industrie an. Jugendliche bekommen kostenlos einen Überblick über die eigenen und die gefragten Fähigkeiten. Gibt es Übereinstimmungen, werden die Jugendlichen direkt in die Industriebetriebe zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Offene Lehrstellen werden aus ganz Kärnten auf der Onlineplattform industriekarriere.at präsentiert. Wir unterstützen Lehrlingswettbewerbe und feiern die Erfolge unserer Lehrlinge, zum Beispiel mit der Auszeichnung zum Lehrling des Jahres. Es ist immer wieder beeindruckend, was Lehrlinge alles meistern und wie sie in unseren Betrieben ihre Talente entfalten können. ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die globale Wirtschaftsentwicklung zeigte in den letzten Monaten die erwarteten Anzeichen der Abschwächung. Für das kommende Jahr sind die Prognosen äußerst gedämpft, insbesondere in Europa wird mit einer Stagnation der Wirtschaft bei gleichzeitig verfestigter Inflationsentwicklung gerechnet.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Eine Kumulation verschiedener Krisen hat im laufenden Jahr die globale Wachstumsrate gegenüber 2021 fast halbiert und auf rund drei Prozent sinken lassen, wobei EU-Europa mit einer Wachstumsrate von knapp über drei Prozent – trotz aller Probleme und eines historischen Tiefstandes beim Konsumentenvertrauen – einen beachtlich hohen Wachstumswert ausweist, der gleichsam ein Echo der exzellenten Wirtschaftslage vor Jahresfrist darstellt. Gerade aber für Europa wird ein von allen wesentlichen Prognoseinstituten dramatischer Wachstumseinbruch prognostiziert: Im kommenden Jahr wird sich im Euroraum allenfalls ein geringfügiges Plus von 0,5 Prozent ergeben. Die größte EU-Volkswirtschaft Deutschland wird sogar um rund ein halbes Prozent schrumpfen, keine einzige der größeren EU-Volkswirtschaften wird sich der markanten Abschwächung entziehen können. Auch in Großbritannien dürfte sich eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung einstellen.

Die Ursache für die markante Verschlechterung der Wirtschaftslage in Europa setzt sich aus vier Komponenten zusammen: Erstens ist im Sommer jene Aufhol-Konjunktur ausgelaufen, die als Reaktion auf die Coronakrise 2020 zu einem Wachstumsschub geführt hat. Zweitens hat sich die weltwirtschaftliche Lage insgesamt eingetrübt, was entsprechende Auswirkungen auf den großen exportorientierten Bereich der europäischen Industrie hat. Drittens haben der Ukrainekonflikt und auch die Politik der Europäischen Union grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Energieversorgung in Europa aufgeworfen: Unternehmen fürchten, dass Europa künftig ein Standort mit überdurchschnittlichen Energiekosten sein könnte und überdenken ihre Investitionspläne. Schließlich verunsichert die

Preisentwicklung die Konsumenten sowie Unternehmen und verschlechtert das Wirtschaftsklima. Interessant zu beobachten ist, dass sich im Laufe des Herbstes die Erwartungen hinsichtlich der globalen Konjunktorentwicklung – gerade auch außerhalb Europas – sukzessive eingetrübt haben. Die jüngste Globalprognose, jene der OECD von Ende November 2022, sieht für das kommende Jahr 2023 ein globales Wachstum von nur noch 2,2 Prozent

Abgesehen von der Stagnation in Europa weist auch die Wirtschaft in den USA eine deutliche Abschwächungstendenz auf: Nach einer Reihe von Prognoserevisionen erwartet die OECD für die USA im kommenden Jahr gerade noch eine schwarze Null bei der Veränderung der Wirtschaftsleistung (+ 0,5 %); maßgeblich mit verursacht ist diese Stagnation durch eine relativ restriktive Politik der US-Notenbank zur Inflationsbekämpfung. Die USA haben ab Ende der 1970er Jahre die Erfahrung gemacht, dass die Bekämpfung einer verhärteten Inflation volkswirtschaftlich sehr teuer ist; dadurch wird seitens der FED der rechtzeitigen Eindämmung der Inflation mehr Augenmerk geschenkt als seitens der Europäischen Zentralbank, die Anhebung der Leitzinsen war folglich im Jahr 2022 seitens der FED doppelt so stark wie seitens der EZB. In Europa scheint die EZB noch immer zu hoffen, dass sich der inflationäre Druck weitgehend von selbst wieder legen wird – etwa durch eine Preiskorrektur auf den Energiemärkten.

Neben Europa und den USA ist China die dritte große Wirtschaftsmacht. China weist im laufenden Jahr ein relativ schwaches Wirtschaftswachstum auf, als Folge verschiedenster Faktoren, zu denen beispielsweise Probleme des chinesischen Immo-

bilienmarktes, die schwache Stromerzeugung im Sommer und die Selbstfesselung durch die anhaltende Null-Covid-Politik zählen. Die jüngsten öffentlichen Proteste in China zeigen, dass die politische Stabilität des Landes maßgeblich von anhaltend hohen Wachstumsraten abhängt. Dass im Jahr 2023 eine massive Wachstumsbeschleunigung einsetzen wird, darf bezweifelt werden; gegenwärtig setzen Prognosen das Wachstum im kommenden Jahr bei etwas über vier Prozent an, versehen diese Prognose jedoch mit zunehmenden Fragezeichen.

Ganz generell steht hinter den derzeit noch halbwegs robusten Wachstumsprognosen für viele Emerging Markets und Entwicklungsländern große Fragezeichen: Der Internationale Währungsfonds erwartet eine nur sehr bescheidene Aufwärtsentwicklung des Welthandels, was neben exportorientierten, europäischen Volkswirtschaften insbesondere Emerging Markets schwer trifft. Zudem weisen viele Anzeichen auf nachgebende Rohstoffpreise (jedenfalls im Nicht-Energiebereich) hin, was die Entwicklung bei den Rohstoffproduzenten unter den Entwicklungsländern dämpft. Insgesamt gibt es somit viele die Konjunktur dämpfende Faktoren, aber keine Quelle, aus der sich aus heutiger Perspektive ein kräftiger Konjunkturimpuls ergeben könnte. Ein gutes Abbild der Situation sind die von der OECD erhobenen Frühindikatoren der Konjunktur: Diese weisen seit längerer Zeit Monat für Monat für alle wesentlichen Volkswirtschaften nach unten, ein in dieser Einheitlichkeit ungewöhnliches Bild.

Während in den USA die Inflationsbekämpfung hohe Priorität besitzt, scheint in Europa im zweiten Halbjahr die Verfestigung der Inflation bedauerliche Fortschritte gemacht zu haben. Dank hoher Lohnabschlüsse hat sich die in Umfragen erhobene finanzielle Situation der Haushalte nicht weiter zugespitzt; und, obgleich die Haushalte behaupten bei den Ausgaben einzusparen, merkt der Handel davon wenig. Unternehmen und Haushalte sind überzeugt, dass die Preise in den kommenden Monaten weiter steigen werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es zu einem großen Teil Wunschdenken, wenn die Prognose der EU-Kommission einen Rückgang der

Inflation in der Europäischen Union von 9,3 % (2022) über 7,0 Prozent (2023) auf 3,0 Prozent (2024) vorher sagt. Aufgrund des Basiseffekts ist eine Abschwächung im kommenden Jahr im Bereich des Möglichen, aber eine (fast) Normalisierung im Folgejahr praktisch ausgeschlossen.

Neben den insgesamt alarmierenden Anzeichen zur Inflationsentwicklung zeigt der aktuelle Business and Consumer Survey der Europäischen Union vor allem eine bedenkliche Zahl: Die Exportaufträge der europäischen Industrie, die im Februar 2022 noch auf einem Rekordniveau standen, gehen in rascher Weise zurück. Dieses Bild zeigt auch die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter mehr als 400 Unternehmen mit knapp 300.000 Beschäftigten), aus der eine rasche Abnahme der Auftragsreichweite hervorgeht. Die Geschwindigkeit dieses Rückgangs ist umso bedenklicher, als der gegenwärtig schwache Eurokurs (gegenüber dem Dollar) grundsätzlich für eine Nachfragestützung sorgen sollte. Die Unternehmen haben verminderte Produktionserwartungen, gleichzeitig trübt sich Ertragslage ein. Dieses Gesamtbild – in Österreich wie in Europa insgesamt – lässt schon auf Sicht weniger Monate die begründete Sorge um eine Verschlechterung der Beschäftigtenlage entstehen.

Unter der Annahme anhaltend hoher Energiepreise wird die nun einsetzende Schwächephase wohl nicht so rasch überwunden werden können, wie die Dotcom-Krise 2000, die Subprime-Krise 2008 oder die Coronakrise 2020: Anders als bei den früheren Krisen wird gegenwärtig die – ihrem Wesen nach energieintensive – Industrie im Innersten getroffen. Nachdem die Industrie weit über ihren unmittelbaren Bereich hinaus die Entwicklung der Wertschöpfung moderner Volkswirtschaften prägt, ist der Ausblick für die Gesamtwirtschaft und den Wohlstand der Gesamtgesellschaft mit vielen Unsicherheiten versehen. ■



Die Aussichten in der Industrie bleiben trüb, punktuell gibt es kleine Lichtblicke

Die Konjunkturausblicke bleiben skeptisch, die Geschäftserwartungen der Industrie sind alles andere als positiv. Sinkende Frachtraten und der kommende Investitionsfreibetrag sind kleine Hoffnungsschimmer.

Mag. Andreas Mörk

Das aktuelle WKÖ Wirtschaftsbarometer offenbart bei einem gezielten Blick auf die Industrieunternehmen, dass – verglichen mit den durchschnittlichen Geschäftserwartungen der österreichischen Wirtschaft – sich die Erwartungen beim Gesamtumsatz und der Auftragslage deutlich eintrüben. Die Hälfte der Befragten in der Industrie gehen von sinkenden Umsätzen bzw. sechs von zehn Befragten von einer sinkenden Auftragslage in den nächsten 12 Monaten aus.

Die aktuelle und nach wie vor andauernde Energiekrise mit ihren Folgewirkungen ist das beherrschende Thema. 95 % der Befragten in der Industrie werden durch die Energiepreise sowie die Preise von Rohstoffen und Vorleistungen 2022 und 2023 vor größte Herausforderungen gestellt (Wirtschaft Österreich: 83 %). Neben dem Fachkräftemangel werden die Arbeitskosten neu in den Top 3 der künftigen Herausforderungen für die Industrie genannt; je mehr als sieben von zehn Respondenten messen diesen Aspekten größte Bedeutung bei. Nach wie vor gibt es Lieferkettenprobleme, auch wenn diese sich entspannen sollen, dies deshalb, da sich unter anderem die Warennachfrage global abschwächte.

Die prognostizierte Rezession der Eurozone im Winterhalbjahr könnte zu einem weiteren Rückgang der Lieferengpässe führen. Das Wiederaufleben der Containerschifffahrt, das Abklingen pandemiebedingter Einschränkungen und eine Ausweitung des Containerangebots führten in den letzten Wochen zu fallenden Frachtraten – soweit die erfreuliche Nachricht. Allerdings kommen Lieferausfälle per se teuer: Für die deutsche Industrie wur-

den die Produktionseinbußen aufgrund von Lieferengpässen mit knapp 64 Mrd. Euro für einen Zeitraum von Anfang 2021 bis Mitte 2022 beziffert, so eine Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Die österreichische Wirtschaft kann sich dem Konjunkturabschwung im Euroraum nicht entziehen.

Drei von vier Industrieunternehmen sehen sich sehr stark bzw. stark von der aktuellen Energiekrise betroffen (Wirtschaft Österreich: 60 %). Dabei geht es in der Industrie tendenziell weniger um die prinzipielle Verfügbarkeit, sondern massiv um die Preise, allen voran jene von Gas und Strom. Preiserhöhungen im Bereich Energie sind – nach wie vor – maßgeblich für den Indexanstieg des Erzeugerpreisindex für den Produzierenden Bereich (EPI 2021) verantwortlich, so Statistik Austria. Im kürzlich veröffentlichten Erzeugerpreisindex lagen die Preiserhöhungen im Bereich Energie im Oktober bei 48,8 % (zum Vergleich: September 63,3 %; August 59,7 %). Hohe Energiekosten gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen und europäischen Industrie massiv. Langfristig entstehen so unüberbrückbare Standortnachteile, etwa im Vergleich zu den USA, deren Energieabhängigkeit geringer ausgeprägt ist.

Die Auswirkungen der Energiekrise zeigen sich in vielfältiger Weise: Allen voran müssen die Preise für die eigenen Produkte und Dienstleistungen angehoben werden. Begründet wird dies in der Industrie nicht nur mit steigenden Energiekosten, sondern auch mit steigenden Löhnen und Gehältern; zudem sind es nach wie vor die Preise für Vorleistungen und Materialien, die eine Preissteigerung notwendig machen. Die Kostenspirale dreht sich nach oben und über kurz oder lang sind die Unternehmen gezwungen die erhöhten Aufwände über die Preise weiterzugeben. Gerade in der Industrie kommt

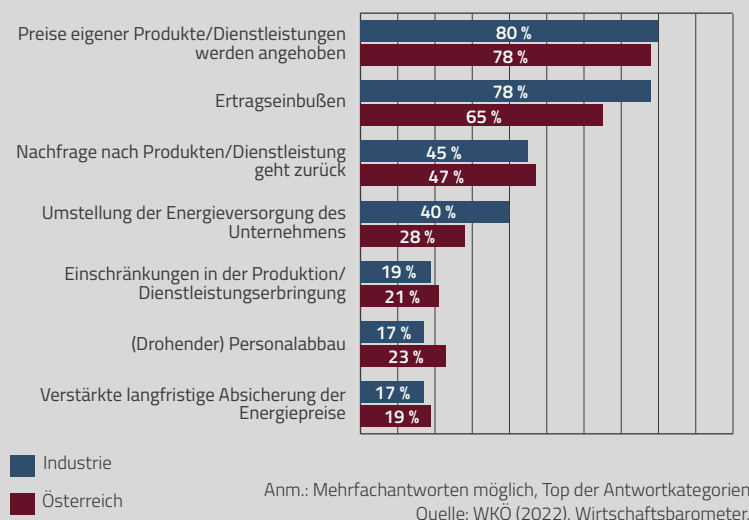


Mag. Andreas Mörk

es zu einer verstärkten Umstellung der Energieversorgung. Wirtschaftspolitisch gefordert werden insbesondere die Erschließung weiterer Energiequellen (z. B. Ausbau der Erneuerbaren, Nutzung heimischer Gasressourcen) oder Maßnahmen auf EU-Ebene zu ergreifen (Stichwort: Merit Order – Entkoppeln von Gas- und Strompreis).

Ertragseinbußen bei gleichzeitig steigenden Kosten- und Preisspiralen machen Investitionen zunehmend schwieriger. Investitionen sind – neben dem privaten Konsum und den Exporten – einer der Treiber für Wirtschaftswachstum und wesentliche Voraussetzung für die Nutzung des Wachstumspotentials. Allen voran gilt es Neuinvestitionen zu forcieren. Industrieunternehmen investieren, wenn sie künftig Neuinvestitionen tätigen wollen, vor allem ökologisch, nachhaltig, innovativ und digital. Ein Instrument, das ab 1. Jänner 2023 zur Verfügung stehen soll, ist der Investitionsfreibetrag (IFB). Sofern es sich nicht um Investitionen in den Bereich Ökologisierung handelt (hier ist der Anteil mit 15 % höher), beläuft sich der IFB auf 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Wirtschaftsgüter. Nebst einiger Einschränkungen (z. B. kein IFB für geringwertige Wirtschaftsgüter) gibt es pro Wirtschaftsjahr eine Deckelung mit 1 Mio. Euro. Die Bundessparte Industrie setzt sich dafür ein, dass die geförderte Investitionssumme von 1 Mio. Euro erhöht wird und dass es bald Klarheit darüber gibt, für welche ökologischen Investitionen der Freibetrag beantragbar ist.

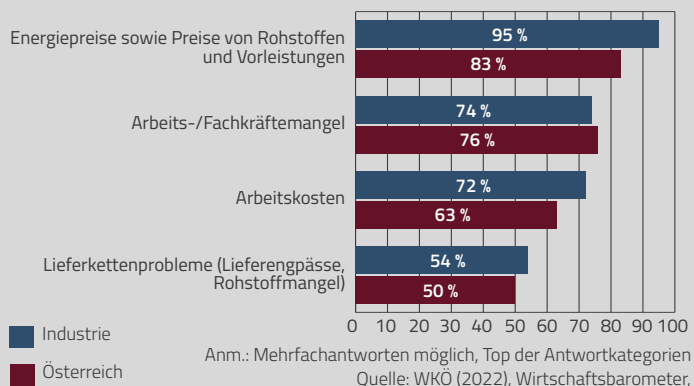
Welche Auswirkungen hat die aktuelle Energiekrise auf Ihr Unternehmen?



Unternehmen brauchen nicht nur Klarheit, sondern auch Planungssicherheit. Derzeit erreicht die unternehmerische Unsicherheit neue Höchstwerte, die Konjunkturbeurteilungen der österreichischen Unternehmen signalisieren in den meisten Branchen einen Rückgang der Konjunkturdynamik in den nächsten Monaten, so die WIFO-Konjunkturampel. Damit bleibt die Ampel auch im November 2022 auf „Rot“. Auch der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im Oktober den vierten Monat in Folge im negativen Bereich. Zu Beginn des vierten Quartals des heurigen Jahres hat sich die Konjunkturstimung in Österreich weiter verschlechtert. In der Industrie gab es weitere Produktionskürzungen, die durch einen starken Rückgang der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland bedingt waren (s. UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex, November 2022). Die Produktionserwartungen bleiben rückläufig.

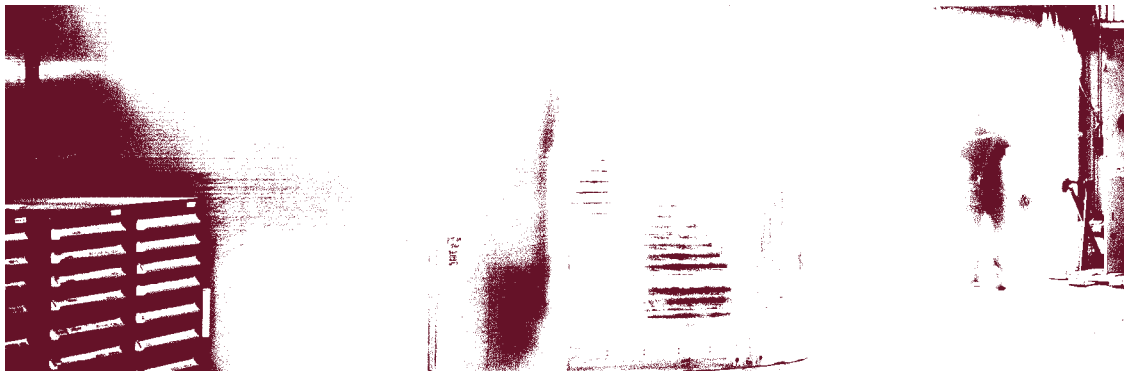
Welche sind die grössten Herausforderungen für ihr Unternehmen?

Für die Jahre 2022 und 2023



Auch wenn die Besorgnis über die Energiekosten nach wie vor massiv ist, die Inflation hoch und die Konjunkturabschwächung nahezu für jedermann spürbar, lassen sich auch ein paar positivere Aspekte finden. Der Kostendruck lässt aufgrund sinkender Frachtraten zumindest in diesem Bereich etwas nach, die Engpässe in den Lieferketten verringern sich, der Investitionsfreibetrag ist – trotz einiger noch immer kritischer Punkte – eine Möglichkeit den Wirtschaftstreiber Investitionen zu stimulieren. So gibt es zum Jahresende hin beides: Viel Anspannung in der Industrie und auch ein kleines bisschen Entspannung in einigen Bereichen.

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 4. Quartal 2022	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	2.Q22/2.Q21 in Prozent	Einschätzung 4.Q22/4.Q21	2.Q22/2.Q21 in Prozent	Einschätzung 4.Q22/4.Q21	Einschätzung 4.Q22/4.Q21
Bergwerke und Stahl	48,0	↔	1,4	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	7,3	↔	3,2	↔	↔
Glasindustrie	14,0	↔	-5,3	↔	↔
Chemische Industrie	25,4	↓	4,7	↔	↓
Papierindustrie	51,4	↓	0,3	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	22,9	↔	1,7	↔	↔
Bauindustrie	6,7	↔	0,6	↔	↔
Holzindustrie	16,5	↔	1,4	↔	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	24,4	↔	3,4	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	12,5	↑	-4,0	↔	↑
NE-Metallindustrie	37,0	↔	1,8	↔	↓
Metalltechnische Industrie	12,7	↓	3,0	↔	↓
Fahrzeugindustrie	8,8	↔	-0,3	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	19,8	↔	6,0	↑	↔
Industrie gesamt	31,3	↔	2,5	↔	↔

Anm.: Vorläufige Daten 2021 und 2022; Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider;

¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

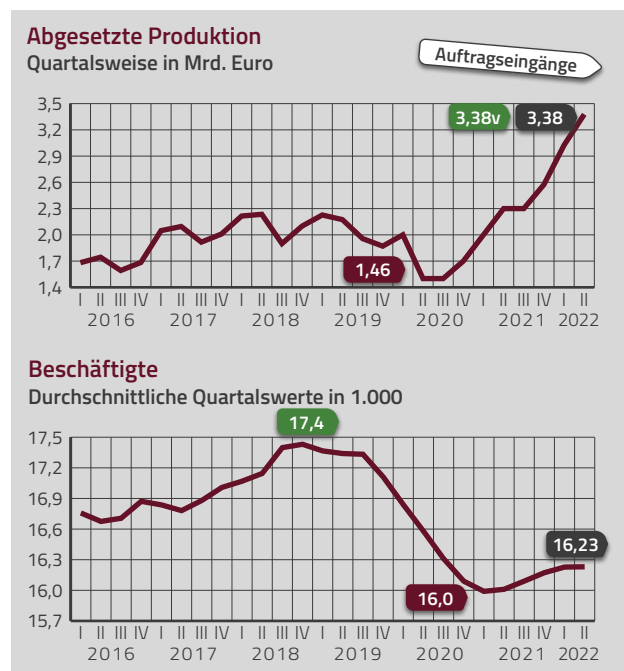
Gesamtindustrie

Analog zur Einschätzung des 3. Quartals wirkt es im 4. Quartal so als ob es in der heimischen Industrie zu einem Stillstand gekommen sei: Verglichen mit dem Vorjahresquartal ortet ein Teil der Fachverbände im 4. Quartal keine Dynamik in der Produktion und bei den Auftragseingängen, ein anderer Teil erwartet leichte Tendenzen nach unten. Einzig die Textilindustrie sieht ein leichtes Plus im 4. Quartal 2022. Die Beschäftigung ist auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Sieben der befragten 14 Fachverbände erwarten keinerlei Bewegung bei keinem der abgefragten Indikatoren: Produktion, Beschäftigung und Auftragseingänge verweilen auf dem Niveau von 2021.

Bergbau und Stahl

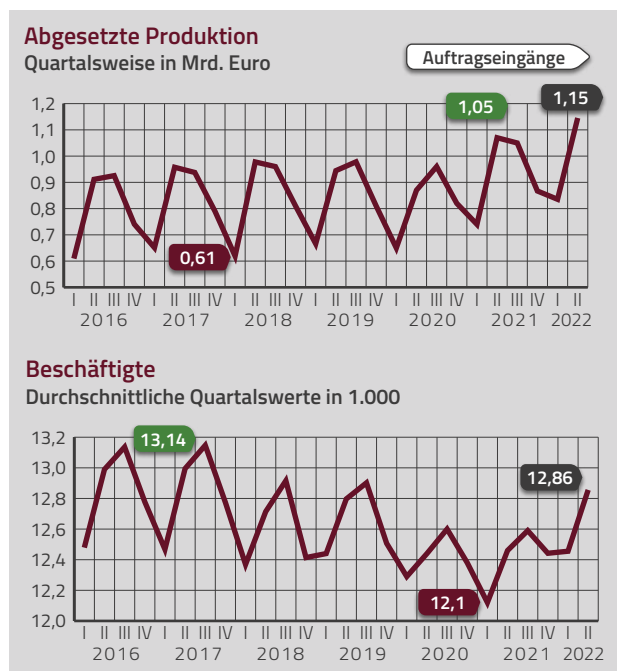
Nach wie vor bereiten die Entwicklung auf den Weltmärkten und die geopolitischen Entwicklungen große Sorgen. Hohe Energie- und Rohstoffpreise und anhaltend hohe Inflation bei gleichzeitig stagnierender bzw. rückläufiger Produktion erhöhen die Gefahr einer kommenden Stagflation. Die Versorgung mit Erdgas ist nach wie vor kritisch, da Erdgas für fast alle Produktionsprozesse unbedingt erforderlich ist. Aufgrund der weltweit hohen Energiepreise verzeichnete vor allem der Energiebereich über das erste Halbjahr eine sehr starke Dynamik. Ebenso setzte sich im Verlauf der ersten drei Quartale der Aufwärtstrend im Bereich Luftfahrt weiter fort. Der Bereich Bahninfrastruktursysteme entwickelte sich zufriedenstellend, vor allem aufgrund der europaweit zunehmenden Investitionen in den Nahverkehr. Jedoch entwickelte sich die Nachfrage aus den Bereichen Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie sowie Bauindustrie bereits rückläufig. Die Nachfrage aus der Automobilindustrie ist weiterhin getrübt von Engpässen in ihren Lieferketten betroffen, verhartete sie auf moderatem Niveau.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



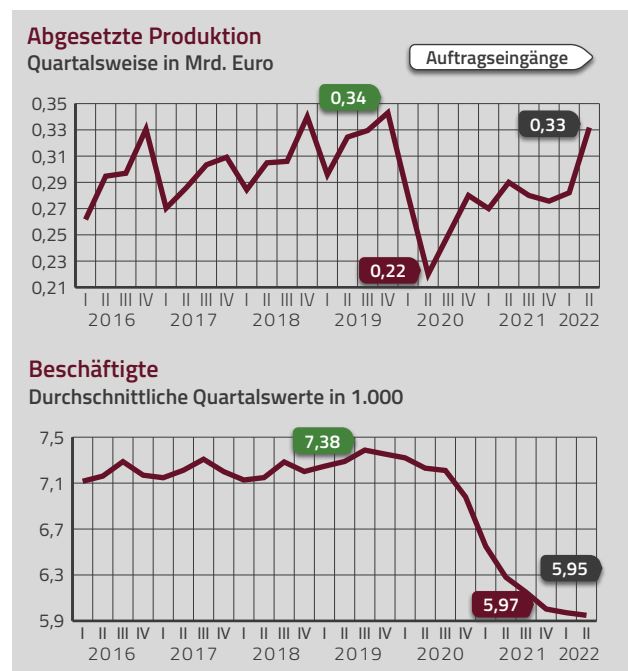
Stein- und keramische Industrie

Die Produktion läuft noch auf Hochtouren, aber im Frühjahr 2023 wird mit massiven Einbrüchen im Einfamilienhausbau gerechnet. Auch im mehrgeschoßigen Wohnbau sind Rückgänge zu erwarten, die jedoch weniger dramatisch und mit lokalen Unterschieden ausfallen werden. Allgemein wird mit einer Schwerpunktverlagerung hin zur Sanierung gerechnet. Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Europa, die von hoher Inflation und Energiepreiserhöhungen geprägt ist, wirkt sich auch dämpfend auf den Export aus. Insbesondere die Nachfrage aus dem EU-Ausland hat bereits merklich nachgelassen. Aufgrund der Konjunkturprognosen für 2023 ist mit einer weiteren Verschlechterung im Frühjahr zu rechnen. Preis Anpassungen waren im laufenden Jahr eine Notwendigkeit, nicht zuletzt wegen der Energiepreissituation. Diese konnten aber nicht bei allen Branchen vollumfänglich am Markt weitergegeben werden. Ein hartes Jahr, insbesondere für die energieintensiven Branchen, die nicht nur mit den Preisexplosionen zu kämpfen hatten, sondern auch noch die CO₂-Bepreisung und die Verzögerungen bei der Umsetzung der EU-Hilfen zu spüren bekamen. Produktionseinschränkungen im Frühjahr wurden von einigen Unternehmen bereits angekündigt.



Glasindustrie

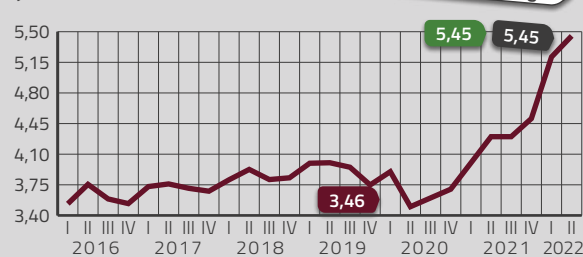
In der glasbe- und verarbeitenden Industrie ist die Nachfrage im Neubaugeschäft wegen der massiven Kostensteigerungen bereits spürbar zurückgegangen. Die Auftragslage ist aber nach wie vor besser als in vielen anderen Jahren und die Auftragseingänge reichen bis ins nächste Quartal. Die teuren Energiepreise und die hohe Inflation machen eine gute thermische Sanierung besonders jetzt sinnvoll. Durch die Erneuerung von Fenstern kann so viel mehr Heizenergie gespart werden, weshalb die Branche effizientere Sanierungsförderungen anregt. Im Bereich Tableware bleiben die Umsätze auf konstant gutem Niveau und die weltweiten Exporte florieren um diese Jahreszeit. Auch die Schmuckindustrie profitiert vom Weihnachtsgeschäft und ist mit der Auftragslage zufrieden. Die Behälterglasindustrie ist gut ausgelastet, aber die Energiekosten verteuern die Herstellereinkosten um ein Vielfaches. Die extremen Mehrkosten müssen an Kunden weitergegeben werden. Das hohe Preisniveau ermöglicht es jedoch Konkurrenten aus Ägypten oder der Türkei, Verpackungsgläser zu wettbewerbsfähigen Preisen nach Europa zu liefern.



Chemische Industrie

Die chemische Industrie ist aufgrund des Ukraine-Krieges derzeit mit in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesenen Unsicherheiten konfrontiert. Die Frage der ausreichenden Verfügbarkeit von Gas sowie die stark gestiegenen Energiepreise einerseits und zunehmende Schwierigkeiten bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen bringen enorme Unabwägbarkeiten bei sinkenden Auftragseingängen. Während des ersten Halbjahres 2022 konnten trotz vieler Herausforderungen preisgetriebene Umsatzsteigerungen erzielt werden. Seit Beginn des zweiten Halbjahres sind jedoch zunehmend einzelne (energieintensive) Unternehmen und auch Zulieferbranchen – gerade zu den Automobilherstellern – von Produktionseinschränkungen betroffen. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sich diese negative Entwicklung im 4. Quartal sogar verstärken und auch im nächsten Jahr anhalten wird. Ursache dafür ist die weiterhin problematische Situation im Energiebereich was sowohl die Preise als auch Verfügbarkeit ab dem 2. Quartal 2023 und insbesondere im Winter 2023/24 betrifft.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Papierindustrie

Im ersten Halbjahr 2022 entwickelten sich die Mengen positiv, doch der Trend drehte im zweiten Halbjahr und war in allen drei Bereichen Grafisch, Verpackung und Spezial leicht rückläufig. Der Umsatz ist zwar seit Jahresbeginn um fast 40 Prozent gestiegen, das liegt jedoch in erster Linie an höheren Preisen pro Tonne Papier, die durch stark gestiegene Produktionskosten und die exorbitanten Energiepreise entstanden sind. Bis zum 4. Quartal 2022 wuchs die Papierproduktion nicht weiter (-2,9 %), ebenso die Zellstoffmenge (-0,8 %). Vor zwei Jahren kostete Altpapier durchschnittlich 90 Euro pro Tonne, mittlerweile sind es 190 Euro. Auch der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK ist hoch, er stieg von 840 auf fast 1.500 Dollar. Zuletzt kletterten auch die Kosten für Holz nach oben. Ab Februar 2022 haben sich die Energiekosten durch den Ukraine-Krieg vor allem bei Strom und Gas noch weiter erhöht und am Spot-Markt fast verzehnfacht. Die Zahl der Beschäftigten in der heimischen Papierindustrie ist im Jahresvergleich relativ konstant und liegt jetzt bei 7.600 Mitarbeitern.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Die Situation der heterogenen PROPAK-Branche ist angesichts der multiplen Krisen komplex. Neben unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen zeigt auch die Gesamtschau ein widersprüchliches Bild: getrieben durch eine beispiellose Kosteninflation ergibt sich eine klar positive Entwicklung beim Wert, ohne dass diese Steigerung die massiv gestiegenen Kosten kompensieren könnte oder die unter Druck stehende Wertschöpfung entlasten würde. Die tatsächliche Situation ist bei Betrachtung der Mengenentwicklung abzulesen, die laufend zurückgeht und in Summe über das Jahr negativ sein wird. Die weitere Entwicklung ist unvorhersehbar. Insbesondere der Ukraine-Krieg und die Verfügbarkeit der benötigten Energie lassen unterschiedlichste Szenarien denkbar erscheinen. Die PROPAK Unternehmen legen höchste Priorität auf Lieferfähigkeit, Innovation und Nachhaltigkeit, um die Aufrechterhaltung der Versorgung zu gewährleisten. ■

Bauindustrie

Trotz nominell hoher Produktionsdaten wird die Bauwirtschaft 2022 real stagnieren. Der massive Anstieg der Baukosten dämpft die Wertschöpfungsentwicklung. Sowohl die hohen Baukosten als auch die verschärften Kreditrichtlinien lassen die Nachfrage, insbesondere im Wohnbau, stark einbrechen. Im Wirtschaftsbau ist die Auftragslage für die nächsten zwei bis drei Quartale noch zufriedenstellend. In den kommenden Jahren verspricht lediglich der Tiefbau noch eine stabile Grundauslastung. Mit Jahresbeginn werden aufgrund der dann durchschlagenden Energiekosten sowie der CO₂-Bepreisung, insbesondere bei mineralischen Rohstoffen, weitere Kostenanstiege erwartet. Da die Energiekosten auch eine weitreichende Erhöhung der Verbraucherpreise bewirken, ist mit der KV-Runde 2023 auch im Lohnbereich ein ungewohnt hoher Kostenschub zu erwarten, welcher die Baunachfrage kurz- und mittelfristig beeinträchtigen wird. Im Hoch- und Tiefbau hat sich der Beschäftigtenstand nach einer stetigen Phase des Anstiegs nun auf hohem Niveau eingependelt. Dazu korrespondierend sinken die, dem Branchensegment zugeordneten, Arbeitslosenzahlen weiterhin ab. ■

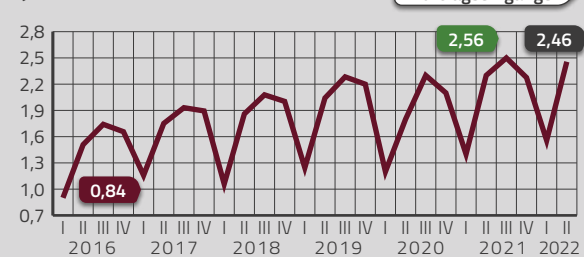
Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



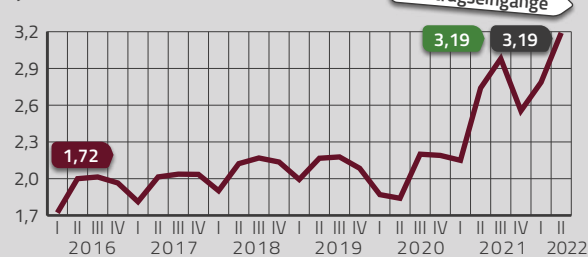
Holzindustrie

In der Holzindustrie hat sich die Auftragslage aufgrund der Abschwächung unserer Hauptmärkte wie des deutschen und italienischen Marktes etwas stärker eingetrübt, verbleibt aber im Durchschnitt (mit Ausnahmen) immer noch auf einem hohen Durchschnittsniveau. Vereinzelt (Möbel) gibt es derzeit noch eine Aufarbeitung der Altaufträge. In der Skiindustrie ist die Auftragslage im Vergleich zu den anderen Branchen der Holzindustrie gut. Die Produktion ist im Durchschnitt in der Holzindustrie durch das Abarbeiten des Auftragsbestandes auf einem guten Niveau, insbesondere in der Skiindustrie. Lieferengpässe in einzelnen Sortimenten sind weiterhin herausfordernd und erschweren den Produktionsfluss. Auf nahezu allen wichtigen Exportmärkten ist ein zunehmender konjunktureller Rückgang, speziell in Europa, feststellbar. Auch auf Überseemärkten wird die Absatzsituation zunehmend angespannter – ausgenommen in der Skiindustrie. Die Preise sind in einigen Sektoren auf Vor-Covid-Niveau zurückgegangen (Ski sind teurer geworden). Besonders problematisch wirken sich die Energie- und Rohstoffpreise aus. Bei rückgängigen Verkaufspreisen ist die Kostensituation derzeit deutlich angespannt. ■

Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Der Dauerkrisenmodus ist zum Alltag geworden, die Herausforderungen reichen von der Teuerung bis zur Zukunft der Gasversorgung. Auf Rohstoffe, Energie, Verpackung und Logistik entfallen im Durchschnitt 80 Prozent der Herstellungskosten für Lebensmittel. Die Lebensmittelindustrie ist fast zu 100 Prozent von Erdgas abhängig. Die Unternehmen arbeiten mit Hochdruck an einer Entschärfung – sei es durch Einsparungen, andere fossile Energieträger für den Notfall oder erneuerbare Energien. Der kurzfristige Umstieg auf alternative Energien ist technisch oft nicht möglich. Die wirtschaftliche Entwicklung wird daher sehr stark von den notwendigen Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Energie, von der Entwicklung des Weihnachtsgeschäftes, des für Österreich sehr wichtigen Wintertourismus und natürlich auch von der internationalen Nachfrage nach Lebensmitteln und Getränken „Made in Austria“ abhängen. Die aktuelle Situation bleibt für viele Unternehmen der Lebensmittelindustrie weiterhin existenzbedrohend. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



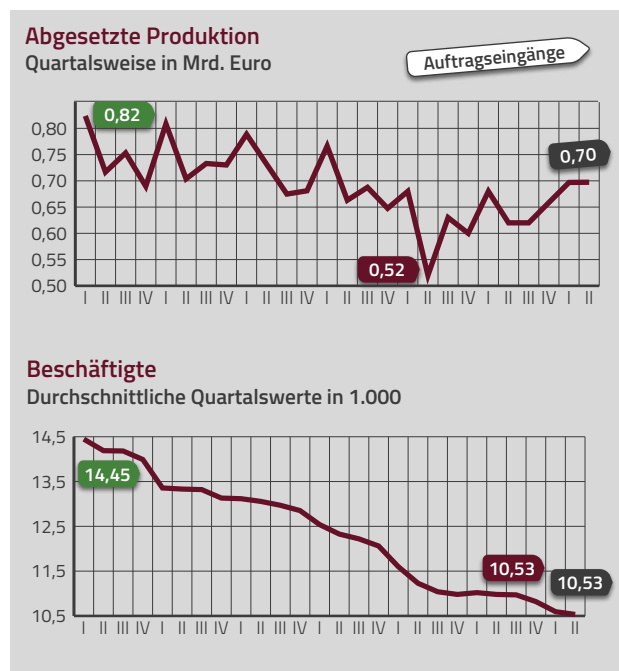
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Bekleidungsindustrie: Das kommende Weihnachtsgeschäft wird für die Unternehmen der Bekleidungsindustrie richtungsweisend. Wird bei Bekleidung und Heimtextilien gespart wird der im abgelaufenen Jahr spürbare Aufwärtstrend abgebremst werden. Die gestiegenen Energiekosten zwingen einige Unternehmer die wöchentliche Normalarbeitszeit auf vier Tage zu komprimieren.

Ledererzeugende Industrie: Die Auftragslage in der Ledererzeugenden Industrie ist sinkend und im Kundenbereich Automobilindustrie stark fluktuierend. Die Preisentwicklung gestaltet sich schwierig, denn die Produktionsmittel wurden teurer und das kann nicht an die Kunden weitergegeben werden.

Schuhindustrie: Die Auftragslage in der Schuhindustrie ist fast wieder auf dem Niveau von 2019. Die Produktionen sind gut ausgelastet und die Exporte entwickeln sich wieder sehr erfreulich. Der Markt akzeptiert gewisse Preisadjustierungen, die jedoch die gestiegenen Kosten nicht zur Gänze abdecken.

Textilindustrie: Die österreichische Textilindustrie verzeichnete im 1. Halbjahr 2022 ein Plus beim Umsatz von 9,1 Prozent (1,5 Mrd. Euro) und bei den Beschäftigten von 1,2 Prozent (11.159). Ebenfalls ein Umsatzplus verzeichneten die technischen Textilien (7,0 %) als auch die Bekleidungs- und Heimtextilien (10,9 %).



NE-Metallindustrie

Das heuer bisher eher positive Marktumfeld der österreichischen NE-Metallindustrie trübt sich ab dem 3. Quartal zunehmend ein. Geopolitische Unsicherheiten, die erheblich gestiegene Inflation primär bedingt durch die steigenden Energiepreise, sind maßgeblich dafür verantwortlich. Große Sorge bereitet die Entwicklung auf den Weltmärkten und die Gefahr einer Stagflation. Die Unsicherheit in der Aufrechterhaltung der Energieversorgung, insbesondere der Versorgung mit Erdgas, bleibt weiter bestehen. Die teilweise massiven Preissteigerungen für Rohstoffe und Energie in der Produktion können nur teilweise an die Abnehmer weitergegeben werden und reduzieren die Ertragskraft erheblich. Auf den Absatzmärkten der Aluminiumindustrie wirkt die Verlagerung hin zu Elektrofahrzeugen und die nach wie vor bestehenden Lieferengpässe in der Automobilindustrie dämpfend auf die Nachfrage aus. Hingegen bewirkt der Trend zur E-Mobilität auf den Automobilmärkten und die zunehmende Automatisierung und Elektrifizierung eine höhere Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten.



Metalltechnische Industrie

Nach einer ersten Jahreshälfte mit nach wie vor hoher Nachfrage, hat sich die Produktionslage in der Metalltechnischen Industrie eingetrübt. Ein Zusammenspiel aus mehreren Faktoren macht die Konjunkturlage sehr fragil. Die Nachholeffekte aus der COVID-Krise sind ausgelaufen und die enormen Kostensteigerungen auf der Vormaterialseite zeigen ihre Wirkung. Steigende Kosten führen zu steigenden Verkaufspreisen und demnach zu einer Senkung der Nachfrage. Außerdem können die Kostensteigerungen nicht 1:1 in Preise umgesetzt werden, somit leiden die Profite der Hersteller. Speziell im Maschinenbau war die Auftragslage bis vor kurzem noch sehr gut. Personalengpässe und lange Lieferzeiten, haben die Produktion aber teilweise eingeschränkt. Auf der anderen Seite geht die Nachfrage im Metallwarensektor, mit deutlich kürzeren Auftragsdurchlaufzeiten, wesentlich rascher zurück. Die Unternehmen sind recht pessimistisch, was die kurzfristige und mittelfristige Geschäftslage angeht. ■

Fahrzeugindustrie

Konjunkturelle Eintrübungen sind bei den Auftragseingängen deutlich erkennbar. Unternehmen sehen sich zunehmend gezwungen, auf die rückläufigen Auftrags-eingänge zu reagieren. Es werden negative Auswirkungen auf die Beschäftigung erwartet. Insgesamt hält der Mangel an Fachkräften an, insbesondere bei „Blue Collar“. Die Lieferkette ist nach wie vor geprägt durch das Fehlen von Teilen und langen Lieferzeiten. Die Preise für Vormaterialien sind zum wiederholten Male in Folge sehr stark steigend. Die stark angestiegenen Preise von Vormaterialien, wie auch die extrem hohen Energiekosten können nicht immer an die Kunden weitergegeben werden. Insgesamt resultiert daraus eine sehr angespannte Kostensituation. Die Logistikkosten sind nach wie vor sehr hoch. Eine Kompensation der Summe an Mehrkosten ist nicht immer realisierbar. Einige Betriebe kämpfen mit der Planbarkeit der Produktion. Diese ist nach wie vor volatil, on/off ist die Folge. Das Investitionsklima wird als sehr verhalten und abwartend eingestuft. Größere Investitionen werden derzeit nicht durchgeführt bzw. aufgeschoben. Auch die Preis- und Kostensituation drückt das Investitionsklima. Exporte werden als stabil eingestuft. ■

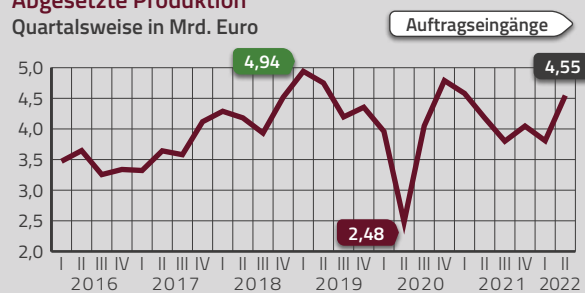
Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



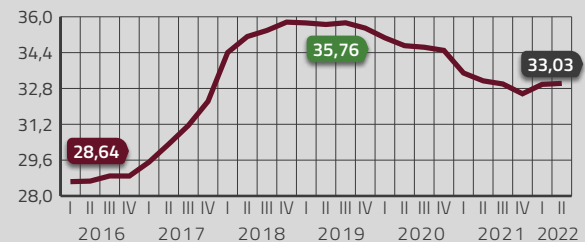
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



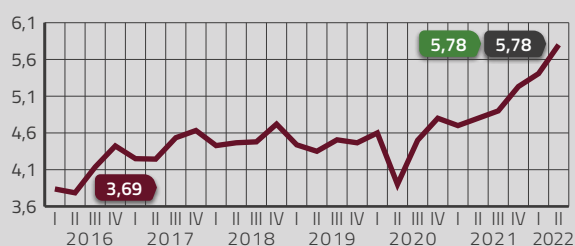
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



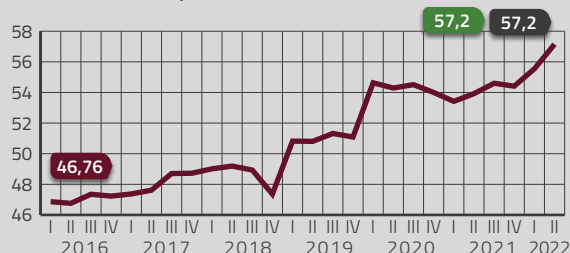
Elektro- und Elektronikindustrie

Während sich die aktuelle Krise in der Ukraine Anfang des Jahres noch kaum bemerkbar machte, kann ihr Einfluss im aktuellen und auch vorherigen Quartal nicht von der Hand gewiesen werden. Zwar kann die Auftrags-situation der EEI nach wie vor als solide bezeichnet werden, jedoch dämpfen die gestiegenen Energiepreise die Wachstumsaussichten in der Produktion. Auch die verschärfte Situation bezüglich Vormaterialien trägt zu dieser getrüben Stimmung bei, da Lager zunehmend abgebaut werden und somit neue Zukäufe mit den aktuell erhöhten Preisen gestemmt werden müssen. Gestörte Lieferketten führen noch immer dazu, dass schwer zu ersetzende Bauteile mit erheblichen Verzögerungen geliefert werden oder grundsätzlich schwer zu beschaffen sind. Probleme werden in näherer Zukunft auch im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft geortet, wo strengere Kreditbedingungen und höhere Zinsen zu Einbußen und somit auch geringerer Nachfrage nach Elektro- und Elektronikprodukten führen werden. Auch der Fachkräftemangel verschärft sich weiter. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand: Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:
Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,
Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:
Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4
Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:
Stephan Scoppetta (Chefredakteur),
Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)
www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Digital Distillery GmbH

Coverbild: HAI Group

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Georg Knill, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Peter Luptack, Philipp Brunner, Thomas Oberholzner, Helene Tuma,
Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich
ISSN: 1023-8387

